

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unten Ausgabestellen, bei Zustellung ins Haus durch unsere Postboten in der Stadt und aus dem Raube außerhalb Wochentag; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Beleggeb. — Das Nicht-Erheben von 6 Mal nur von den Bezugsnehmern nachzufolge.
— Rückwand unserer Originalabonnements ist nur mit beidseitiger Einverständnis gelöst.
— Für Rückgabe ungeliebter Einblendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. seiteig. illustr. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.
a. seite. landwirtsch. u. handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einbl. Zeilen oder deren Raum für 14 Tage mit 20 Pf. im Restbetrag 30 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechend. Preis für Gebirgsbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachdrucker und Offizianten besondere Bezeichnung, nach anderwärts mit Vorspruch. Geschäftsstelle Merseburg. Manuskript für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Anzeigen bis spätestens 9 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 287. Mittwoch den 8. Dezember 1909. 36. Jahrg.

Gegen die sogenannte „Reform“ der inneren Verwaltung

wendet sich der liberale Pfarrer Gredten in Pöteln (Hanover) mit der „Christl. Freiheit“ mit großer Schärfe. Mit Recht hebt er hervor, daß der Schwerpunkt fast der gesamten Verwaltung und Regierung mehr als bisher in die Landratsämter gelegt werden soll, und er führt in besonderen aus:

„Ganz bezeichnend ist, wie sich der Reformplan die Organisation des Volksschulwesens denkt. Ursprünglich hatten die Kreise mit dieser Angelegenheit recht wenig zu tun. Der Kreisschulinspektor war weder Beamter des Kreises, noch brauchte sich sein „Kreis“ mit dem Verwaltungsbezirk des Landrates zu decken. Gewisse äußere Angelegenheiten gingen durch das Bureau des Landrates an die Regierung, und diese verkehrte als entscheidende Behörde mit dem Schulinspektor und den Schulgemeinden. Später erhielten Landrat und Kreisbeschluß stärkere Einfluß auf die äußeren Schulangelegenheiten. Noch später ließen wohl alle Regierungen auch die Verfügungen technischer Art an den Kreisschulinspektor unter dem Namen des Landrates ergehen und verlangten vom Schulinspektor umgekehrt dasselbe. So ist heute schon der Landrat in allen Schulfällen eine sehr wichtige, entscheidende Instanz. Es ist z. B. öfter vorgekommen, daß der Landrat den Dreiervorschuß, den der Kreisschulinspektor für die Besetzung einer Schulstelle der Regierung zu machen hat, verändert hat. Diese Sachlage wird nun durch die neue Reform dahin verfertigt und befestigt, daß geradezu eine Kreisschulbehörde geschaffen wird, an deren Spitze der Landrat steht. Und zwar nicht als kollegiale Behörde, die mit Abstimmung ihrer einzelnen Mitglieder Beschlüsse faßt, sondern lediglich so, daß die Mehrheit der Landrat ist, der in den einzelnen Fragen die betreffenden „technischen“ Beamten (Schulinspektor, Kreisarzt, Kreisbaumeister) heranzieht und nach Anhörung ihres Gutachtens Verfügung trifft. Dem Landrate wird auf diesem Gebiete sogar das Requisitionsrecht zugesprochen. Das bedeutet, er kann, wenn es ihm gut dünkt, jene Beamten zu jeder Zeit von dem Kreisamt „requirieren“. Damit ist ihm selbstverständlich auch dasselbe Recht z. B. über die Befehre gegeben. Es ist in das Ermessen des Landrates gestellt, irgend eine im Schuldienste beschäftigte Persönlichkeit heranzuziehen. Die Form wird vielleicht eine etwas andere sein, wie der dienstliche Befehl beim Militär; in der Sache wird es auf dasselbe hinauslaufen.“

Gredten ist der Meinung, daß die kleineren Erleichterungen im bürokratischen Betriebe nichts ansmachen im Vergleich zu den starken Gegengewichten, die gegen alle freiheitliche und selbständige Entwicklung unseres Volkslebens in dem Reform-Entwurf sich finden. „Der preussische Landrat ist nicht der richtige Mann, um Träger der geistigen Fortschritte in unserm Volke zu werden. Eine Erweiterung seiner Machtfläche droht zu einer Bevormundung aller Selbstverwaltungsrechte und aller Sachkunde auf kulturellem Gebiete zu werden. Das würde die Reaktion, die Gegenreformation in unserm staatlichen Leben.“ — Gredten hat nur zu sehr Recht. Aber gerade darum fürchten wir, daß wir auch diesen Reich noch werden trinken müssen!

Die freisinnigen Initiativanträge.

die im Reichstage gestellt worden sind, liegen jetzt im Wortlaut vor. Sie betreffen:

1. Die Regelung der Tarifverträge:
Der Reichstag sollte beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung der Tarifverträge vorzulegen.

2. Die Reichsverbände der Landwirtschaftlichen Arbeiter:
Der Reichstag sollte beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Reichsverbände zwischen den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitern, sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgeber andererseits rechtsgesetzlich geregelt werden.

3. Die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See:
Der Reichstag sollte beschließen: den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsgemäß anerkanntem Grundsatz des Völkerechts erhoben werde.

4. Die Sicherung des Wahlrechts:
Der Reichstag sollte beschließen: den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, baldmöglichst eine Änderung der für die Wahlen und andere öffentliche Rechte geltenden gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen, dahin herbeizuführen, daß 1. wegen der eingetretenen erheblichen Bevölkerungserhöhungen eine neue, den Grundbesitz des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1849 entsprechende Abgrenzung der Wahlsatzwahlkreise bestimmt wird, 2. die Vollziehung der Wahlen nur am Sonntag geschehen darf, 3. die im Deutschen Strafgesetzbuche zum Schutze des Wahlrechts getroffenen Bestimmungen erweitert werden, 4. zur Sicherung der geheimen Wahl wirksamere Vorschriften erlassen werden, insbesondere in betreff der Wahlurnen (kostenfreie Befreiung von Wahlurnen vom Reichs wegen, welche so beschaffen sind, daß eine Öffnung der Wahlurnen ohne Kraftzünden kann) und die Abgrenzung der Wahlbezirke.

5. Die Autonomie von Elsaß-Lothringen:
Der Reichstag sollte beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Abänderung des Gesetzes vom 4. Juli 1870 über die Befassung und Verarmtung des Großherzogtums Elsaß-Lothringens behufs zeitgemäßer und organischer Ausgestaltung des preussischen staatsrechtlichen Zustandes des Reichslandes den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das Elsaß-Lothringen als Bundesstaat anerkennt, die autonome Behandlung elsaß-Lothringischer Angelegenheiten ermöglicht und zur Wahrung einer nach den Grundgesetzen des Reichsgesetzgebungsrechts gesonderten Volksvertretung führt.

6. Die Sicherung des Koalitionsrechts:
Der Reichstag sollte beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt und insbesondere I. den § 152 der Gewerbeordnung dahin ändert, a) daß derselbe nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auf Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung findet, b) daß sich die entsprechenden Verordnungen und Vereinigungen nicht nur auf die individuellen Interessen der sich Betreibenden oder Vereinigenden, sondern auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen; II. den § 153 der Gewerbeordnung dahin erweitert, daß zugleich mit dem Widerruf des Koalitionsrechtes die Verbindung am gesetzmäßigen Gebrauch unter Strafe gestellt wird.

7. Abänderung der Gewerbeordnung:
Der Reichstag sollte beschließen: den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, 1. den Reichstag baldigst eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche den technischen Anstellungen mindestens denselben Schutz gewährt, wie ihn das Handelsgesetzgebung den Handlungsgehilfen sichert, und die Gültigkeit von Konkurrenzklauseln für gewerbliche Arbeitnehmer möglichst beschränkt; 2. dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Unabhängigkeit der Geweregerichte auf alle technischen Anstellungen ausgedehnt wird, unter Erziehung besonderer Abteilungen, in denen die Richter zur Hälfte technische Anstellungen sein müssen; 3. darauf hinzuwirken, daß baldigst eine weitergehende Entlastung, namentlich, den Post-, und Hinterbliebenenversicherung der Privatangehörten zur Einführung gelangt; 4. sich mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen zu setzen, das die Gewerbeaufsichtsbearbeiter den Verhältnissen der Anstellungen in gewerblichen Betrieben, im besondern der Einhaltung der den technischen Anstellungen durch §§ 106 a ff. der Gewerbeordnung gemäßen Sonntagruhe besondere Aufmerksamkeit widmen.

8. Neuordnung des Beamtenrechts:
Der Reichstag sollte beschließen: den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu treffen, daß 1. die verfassungsmäßige Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der Reichsbeamten (Zensus- und Veranlagungsrecht, Wahlrecht, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Befreiung von Vorurteilen eines Parlamentars) an sich niemals als ein Recht an angesehen wird, durch das der Beamte sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt; 2. die Einbürgerung von Beamtenauswärtigen vorgesehen wird; 3. die Dienstverhältnisse der vom Reiche auf Vertrag angestellten Personen mindestens denjenigen Bedingungen entsprechen, die durch die Gesetzgebung der privaten Unternehmungen vorgeschrieben sind.

9. Neuordnung der Gehälter der in Reichsdiensten stehenden Rivandangestellten:
Der Reichstag sollte beschließen: den Herrn Reichstagskanzler zu ersuchen, im Anschluß an die Neuordnung der Bezüge der entsprechenden Beamten (durch das Besoldungs-

gesetz vom 16. Juli 1909) und der nicht etatsmäßigen Beamten (durch die Besoldungsordnung vom 28. Juli 1909) eine Nachprüfung der Bezüge derjenigen Techniker, Werkmeister, Handlungsgehilfen und ähnlichen Angestellten vorzunehmen, die ohne Beamtenstatus auf Privat Dienstvertrag angestellt sind, und eine Übersicht der tüchtig zu zahlenden Gehaltsätze dem Reichstage vorzulegen.

10. Einführung eines Reichsberggesetzes:
Der Reichstag sollte beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst eine Vorlage zu machen, durch die eine reichsgesetzliche Regelung des gesamten Bergrechts herbeigeführt wird.

11. Regelung des Arbeitsnachweises:
Der Reichstag sollte beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung des Arbeitsnachweises, insbesondere zur Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage, vorzulegen.“

Zum Antrag des deutschen Städtetags zum Reichstempelgesetz.

Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat eine Eingabe an den Bundestag und den Reichstag gerichtet, in der er beantragt, in einer Novelle zum Reichstempelgesetz die Steuerpflicht der Zinsbogen von Renten und Schuldverschreibungen der öffentlich rechtlichen Verbände zu beseitigen. In der Begründung des Antrags führt der Vorstand aus, es sei Absicht der Reichstagsmehrheit gewesen, mit dieser Steuer die Befreiung der Schuldverschreibungen zu treffen. Das Gesetz biete aber keine Handhabe, die Befreiung zur Erfüllung des von den Ausgaben der Bogen ausgelegten Stempels heranzuziehen. Die Gemeinden seien hiernach gezwungen, die Steuer auf ihren Etat zu nehmen. Zur Deckung des Steueranfalls müßten sie neue Einnahmen schaffen, d. h. die Kommunalsteuern erhöhen, und zwar in beträchtlichem Maße. So hätten im Laufe der nächsten zehn Jahre auszubringen: Berlin rund 850 000 Mark, München 450 000 Mark, Dresden 330 000 Mark, Frankfurt a. M. 340 000 Mark. Dieser Mehraufwand müße von der Gesamtbürgerschaft getragen werden, treffe also auch die nicht beziehenden Klassen. Wenn man feinerzeit auf die Warner im Reichstage, die auf die Untauglichkeit des gewählten Mittels hinwiesen, nicht geachtet habe, so sei dies erklärlich, da es galt, die Reichsfinanzreform im ganzen unter Dach zu bringen. Nachdem letzteres aber gelungen sei, dürfe man erwarten, daß bei einzelnen mißglückten Vorprojekten die besserende Hand angelegt würde.

Der Ausfall der Landtagswahlen in Sachsen-Weimar.

ist für die Freisinnigen erfreulich. Während im bisherigen Landtage nur 2 Freisinnige saßen, die Herren Polz und Heim, ist Abg. Polz in Weimar mit großer Mehrheit sofort wiedergewählt worden und Heim in die Stichwahl mit einem Sozialisten gelangt. Außerdem aber befinden sich noch 4 freisinnige Kandidaten in ausgiebigsten Stimmwahlen, nämlich in Altkf. edt Grammann mit dem Sozialisten, der 489 Stimmen erhielt, während auf den Freisinnigen 327 und auf den Konservativen 321 Stimmen fielen; in Verta. Wankenhain Dreimann gegen den Konservativen Hinger, in Sena. Land Mathes (809 Stimmen) gegen den Sozialisten (764 Stimmen) und in Wa. a. Kaiser gegen den Sozialisten.

Besonders niedererschmetternd ist das Wahlergebnis in Sachsen-Weimar für die Altisemiten gewesen. In der Stadt Weimar hatte der Reichstagsabg. Graef mit allen Mitteln der Werbung die freisinnige Kandidatur bekämpft, um sich selbst zu plazieren; Die Freunde der Wirtschaftlichen Vereinigung leisteten hier das höchste an Berleumdung und Verdrehung. Daß der Freisinn als Vorzug der Sozialdemokratie bezeichnet wurde, war noch das Wenigste; vielmehr bekämpfte man den freisinnigen Kandidaten Polz auch persönlich, indem man fälschlich behauptete, er hätte in einer früheren Rede die kleinen Gewerbetreibenden für ungebildet und unfähig erklärt, er trete unter

Weihnachts-Prämien
für unsere Abonnenten!
Praktische Geschenke für alt
und jung. Beachten
Sie die Inserate in den
nächsten Nummern!

Große Eier

Stück 9 Pf.
empfehl. A. Welzel, Domplatz 2.
Tel. 287.

Einladung
zur
ausserordentlichen
General-Versammlung
des Merseburger Landwehr-
Bereins

zum Sonntag den 12. Dezember 1909,
nachmittags 4 Uhr, im Saale des „Lwoli“.
Tagesordnung:
1. Festlegung des Sterbegebets bei Todes-
fällen der Kameraden und deren Frauen
welche der Klasse B (frühere Unter-
stützungskasse) angehören.
2. Vortrag über die Kollektivversicherung
bei der Sterbekasse und Versicherung
anstalt des deutschen Kriegerbundes
und deren Anwendung auf den Ber-
ein. Erläuterung eines besüglichen
Projekts. (Kamerad Seebert.)
3. Beschlußfassung über die eventuelle Auf-
lösung der Vereinskasse B (frühere Unter-
stützungskasse) und Kollektivversicherung
bei der Bundessterbekasse.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Das Direktorium.

Krankenpfleger
im Kriege.
Freitag den 10. Debr. d. J.,
abends 8 1/2 Uhr,
Übungsabend
in der städtischen Turnhalle. Mühtliches
und vollständiges Erscheinen unbedingt nötig.
Der Vorstand.

Restaurant Hohenzollern.
Angenehmer Aufenthalt.
Reine Bedienung.

Ganz besonders mache ich auf mein
neues Orchester „Con amore“ auf-
merksam. Das Einzelne am Platze.

Kretschmers Restauration.
Donnerstag
Schlachtfest.

Goldne Angel.
Mittwoch
Schlachtfest.

Zum alten Dessauer.
Donnerstag
Schlachtfest.

fr. haushälterische Bursch
Friederike Vogel, Rohmert 17

Müchtige Maurer
und Bauarbeiter

werden beim Betriebsaufbau der Deunaer
Kohlenwerke eingesetzt. Zu melden auf der
Baustelle beim Vortr. Försterring.

Reichskrone.

Täglich von 7—12 Uhr abends
grosses Familien-Unterhaltungs-Konzert
vom Damenorchester Walzertraum.
8 Damen. Entree frei. 8 Damen.
Hochachtungsvoll Magdalena Knietzsch.

Garnierte Hüte

enorm billig.
B. Pulvermacher, Al. Ritterstr. 13,
im früheren Spielwarenladen.
Anfertigung eleganter und einfacher Blusen.



Pianos
Ritter
Hof-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.
Flügel | Grösste Auswahl.
Harmoniums | Sicherste Garantie.

Nur anerkannt gediegenes Fabrikat zu mässigen Preisen.
Bequeme Zahlungsbedingungen.

Wegen Auseinanderziehung

Total-Ausverkauf

unseres Tuchlagers, bestehend in
Anzug-, Hosen-, Joppen-, Sommer- und Winter-
paletotstoffen.

Ferner von Joppen, Pelertinen, Samaschen.

Der Verkauf erfolgt nur gegen Kasse, der Ausverkaufspreis ist
an jedem Stück mit Blaukreide vermerkt.

Kildebrandt & Ruiffes.

Emser Pastillen

aus den Königl. Betrieben zu Ems.

Schachtel  85 Pf.

Altbewährt bei Husten, Heiserkeit etc.

Brikett-Vertreter

gesucht für Merseburg und Reise. Meldungen unter Brikett
an die Exped. dieser Zeitung.

Weihnachts-Prämien
für unsere Abonnenten!
Praktische Geschenke für alt
und jung. Beachten
Sie die Inserate in den
nächsten Nummern!

Theater

„Weisse Wand“
Merseburg.

Täglich Vorstellungen.

Programm.

1. Indischer Liebes Sensationsdrama aus dem Leben der Souda-Indianer.
2. Ein Duell auf Leben und Tod. Urtümliche Pantomime.
3. Das Kunstwerk des Bildhauers. Ein Roman aus dem Leben Jaques Servat. Herrlich koloriert.
4. Zerk und seine Umgebung. Entzückende Natur-Aufnahme.
5. Das Zuckerpulver. Köstliche Humoreske.
6. Heinrich der VI. und die Bauern. Großes historisches Drama.
7. Vermann ist zu schön. Hochkomische Burleske.
8. Sind du kannst tanzen. Tonbild.

Für das neue städtische Krankenhaus
wird sofort ein
junger kräftiger und solider Mensch,
welcher Lust hat sich zur Krankenpflege
auszubilden, gegen angemessenen Lohn ge-
sucht. Bewerber wollen sich vormittags
von 10—12 Uhr auf dem Rathause im
Armenbüro melden.

Ein junges Mädchen,
welches im Nähen nicht unerfahren ist,
wird sofort oder per 1. Januar 1910 als
Verkäuferin

gesucht. Offerten mit Lebenslauf unter
Z an die Exped. d. Bl. erbeten.

Sapthof Waldendorf
sucht zum 1. Januar ein
ordentliches fleißiges Mädchen
in geeigneten Jahren vom Lande. Bevorzugt
werden solche, die schon in Sapthäusern
gedient haben.

Ein junges Mädchen zum 1. Jan. als
Aufwartung

für den ganzen Tag gesucht
Ober Altruders 13.

Herrliche Bitte.

Eine gebildete Familie mit unversorgt.
Kinde ist durch die allerschwersten Geim-
schickungen in die bitterste Not geraten und
steht am Rande der Verzweiflung. Die
treue Mutter ist schwer erkrankt und Herz-
leidend, dazu vonummer tief niederge-
beugt. Welch edler Menschenfreund hilft
hier durch eine Spende der Liebe die große
Trübsal lindern? Die Liebe hört ja nimmer
auf! Herzl. Dank zuvor und Gott vergeltes!
Woth. 5 v. 7.

Kriesschick, Bez. Frankfurt a. Oder.
Leo Froehner, Paretz.
Der heutigen Auflage liegt ein
Prospekt vom hiesigen Rabat-Spar-Verein
bei.

Kleider und Blusen-Stoffe

hervorragend schöne Neuheiten in den modernsten Farben und Webarten. Reichhaltigste
Auswahl in allen Preislagen bis zu den besten Qualitäten. Für Weihnachts-Geschenke
besonders geeignete vorteilhafte Artikel und einzelne Kleider zu sehr billigen Preisen.

Theodor Freytag, Merseburg, Rossmarkt 1.

Auf alle Einkäufe
5 Prozent Rabatt
in Marken des
Rabatt-Spar-Vereins.

Möbelmagazin Hallecher Tischlermeister

e. G. m. b. H.,

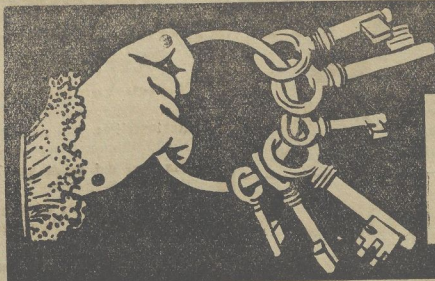
Halle a. S.,

Grosse Ulrichstrasse 50, neben den Kaiserfäden.

Wegen Aufgabe unserer Filial-Lagerräume Ludwig
Buchererstrasse

Ausverkauf

praktischer Weihnachtsgeschenke in Luxus- und Kleinnöbeln, sowie
diversen Salons, Wohn-, Speise-, Herren- und Schlafzimmern
zu bedeutend ermäßigten Preisen, teilweise unter Selbstkostenpreis.



Die Schlüsselgewalt

der Hausfrau findet ihre schönste Betätigung im praktischen Wirtschaften.
Wer sparen und doch nichts entbehren will, brauche
Palmato Pflanzenbutter - Margarine,
bester Ersatz für Naturbutter
und zum Kochen, Braten u. Backen **Manna**
das beliebte Kokoseisefett :: ::
In allen besseren Geschäften erhältlich!

Grosser Ausverkauf von Schuhwaren

wegen Geschäfts-Auflösung
zu herabgesetzt billigen Preisen
Gummischuhe und Filzwaren billigst.
H. Liebe, Entenplan 4.

Seltenes Angebot!

Sämtliche gezeichnete, angefangene und fertige

Handarbeiten

habe im

Preise bedeutend herabgesetzt

und bitte von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch
zu machen.

Carl Stürzebecher.

Wichtig für Tafel und Küche!

Bonella

feinste Pflanzen-Margarine,
bester Ersatz für Meiereibutter.

Wahnschaffe, Muller & Co. m. b. H., Cleve.



Oswald Rosberg, Juwelier.

Mein ständiges Lager bietet in grosser Auswahl

Weihnachts-Geschenke

zu allen Preislagen in sparten modernen Mustern.

Liebhaber- Künste

wie
Tiefbrand, Flach-
brand, Mosaikbrand,
Tarso,
Metallplastik, Batik,
Kerbschnitt, Flach-
schnitt

eignen sich als Weihnachts-
Geschenke ganz besonders.
Meine illustr. Kataloge
stehen Interessenten gern zur Ver-
fügung.

Brennapparate, Werk-
zeuge, Beizen,
Öl- und Aquarellfarben,
Pinsel, Keilrahmen,
Malleinen.
Sämtliche Mal- und
Zeichenutensilien.

Geschmackvolle Zeichnungen.
Grosse Auswahl.
Billige Preise.

Richard Lots

Burgstrasse 7.
Fernsprecher 291.

Spielwaren.

Der illustr. Weihnachts-Pracht-Katalog des ältesten und größten
Spielwarenhandels der Provinz ist erschienen und wird auf Wunsch gratis
und franco versandt.

C. F. Ritter, Halle a. S.,

Leipziggasse 89, 90, 91. Gegründet 1859.

Jede Bestellung wird gewissenhaft ausgeführt.

Dr. LAHMANN'S Unterkleidung

für Herren und Damen.

Einzig, allen Anforderungen der Hygiene entsprechende, prak-
tischste Leibwäsche für jede Jahreszeit. Ausserst dauerhaft,
daraus gesünder, angenehmer und billiger wie Leinen- und
Wollwäsche etc.

Kein Einlaufen kein Verfilzen, bester Schutz vor Erkältung.

Alleinverkauf bei **G. Hoffmann, Merseburg.**



Künstliche Zähne, Plomben etc.

Umarbeitung schlechttzender Gebisse.

Zahnziehen fast schmerzlos. — Mässige Preise.

Willy Muder,

Merseburg, Markt 19.
Gegenüber dem Ratskeller.

Ind. Hubert Totzke.

Hierzu 2 Beilagen.

Erste Beilage.

Nationalliberaler Parteitag der Provinz Sachsen.

Afchersleben, 6. Dez. Der gestern hier abgehaltene, aus allen Teilen unserer heimlichen Provinz stark besuchte Parteitag der Nationalliberalen nahm einen glänzenden Verlauf. Voten die vertraulichen Verhandlungen der Delegierten-Versammlung das Bild vollkommener Einmütigkeit bezüglich der Haltung und des Vorgehens der Partei und zeigten sie die Vertreter der Nationalliberalen der Provinz Sachsen in jeder Beziehung entschlossen, die nationalen Güter unseres Volkes und die liberalen Ideen gegen alle Gegner von rechts und links kampfesfreudig zu vertreten, so übten die in der öffentlichen Versammlung gehaltenen Ansprachen eine außerordentliche Wirkung auf den großen Saal aus. Herr Fabrikbesitzer Otto Gruson, der zukünftige Landtagsabgeordnete für Magdeburg, überzeugte durch die Klarheit und Beweiskraft seiner Darlegungen, und Reichstagsabgeordneter Wachhorst wertete sich alles durch seine prägnanten Ausführungen zu stürmlichem Beifall hin. Beide Redner sprachen aus, was in weiten Kreisen unserer Bevölkerung gedacht und empfunden wird, und gaben den Ansehungen aller Anhänger der nationalliberalen Partei herbeiden Ausdruck. Unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung erklärten sie, daß die Nationalliberalen sich nicht in den Schmolmühlen zurückziehen wollten, sondern zu positiver Mitarbeit an der Gesetzgebung auch fernerehin bereit seien, daß aber ein Faktieren mit der konservativen-Mehrheit nationalliberaler Partei sei jetzt auf sich selbst gestellt; sie müsse und werde aus eigener Kraft ihren Grundriss zum Siege verfechten.

Die Tagung war von den hiesigen Parteifreunden unter Leitung des Herrn Kreisbreviers Fließ in dankenswerter Weise mit Sorgfalt vorbereitet; ihre harmonische Verlauf wurde allgemein als eine gute Vorbereitungs für die bevorstehenden politischen Kämpfe und für die Zukunft der nationalliberalen Partei im allgemeinen, sowie für die Gestaltung der politischen Verhältnisse des Wahlkreises Salze-Afchersleben im besonderen bezeichnet.

Deutschland.

— (An dem Beschwerdenrecht der Mannschaften des Wehrdienstes) ist, wie die „Frank. Ztg.“ behauptet, eine Änderung nicht eingetreten. Es sei lediglich eine klarere Fassung der Beschwerdevorschriften in den Paßbestimmungen verfügt worden. Für die Mannschaften des Wehrdienstes gelten die gleiche Beschwerdeordnung wie für die aktiven Mannschaften; sie waren somit auch bisher an die fünfjährige Frist zum Einbringen der Beschwerde gebunden. Hierauf aber führt das Blatt fort: „Das Kriegsministerium hat sich nun allerdings veranlaßt gefühlt, zum Abweichen von der vorgeschriebenen Beschwerdebefristung zu nehmen und dabei betont, daß das Abweichen von der Beschwerdebefristung als Ungehörigkeit — auch bei den Mannschaften des Wehrdienstes — aufzufassen sei, ein Vergehen, das gemäß § 92 M. St. G. B. mit Arrest bestraft werden muß.“ Danach sind tatsächlich doch die Bestimmungen verhängt worden.

— (Die Hauptzahlen der deutschen Kriminalstatistik für 1908) werden in dem eben erschienenen vierten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht. Danach hat im letzten Jahre die Zahl der wegen Vergehen und Verbrechen gegen Reichsgesetze Verurteilten eine ziemlich erhebliche Zunahme gezeigt, nachdem sie im Jahre 1907 etwas abgenommen hatte. Es sind nämlich 548 877 Personen verurteilt worden gegen 530 723 im Jahre 1907, 533 767 i. J. 1906, 520 356 i. J. 1905, 516 976 i. J. 1904 und 468 819 i. J. 1900. Gegenüber dem Jahre 1907 ist also eine Zunahme um 17 054 oder 3,3 Proz. erfolgt. Geht man bis 1900 zurück, so beträgt die Steigerung 79 558 oder 17,0 Proz. Da sich die Gesamtbevölkerung in derselben Zeit um etwa 12,4 Proz. vermehrt hat, ist die Zunahme der Kriminalität etwas stärker gewesen als die der Bevölkerung. Allerdings müßten zum Vergleich mit den Verurteilten eigentlich nur die über 12 Jahre alten Personen herangezogen werden, aber deren Zunahme ist nicht bekannt. Jedenfalls bestätigt die Erfahrung des letzten Jahres wieder die Tatsache, daß in Zeiten darniederliegenden Geschäftsganges und rückläufiger Erwerbsverhältnisse die Kriminalität, insbesondere die Zahl der Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen steigt.

— (Von einer Beamtenmaßregelung engros) berichtet ein Berliner Telegramm der Wiener „Neuen Freien Presse“. Danach sollen in Rattowitz und Umgebung etwa 400 kleine Beamte gemäßregelt worden sein, weil sie bei den letzten Gemeindevahlen für polnische Kandidaten, die auf der Zentrumsliste standen, gestimmt haben. — Daß aus dem genannten Grunde eine Anzahl Rattowitzer Lehrer im Interesse des Dienstes in Landgemeinden versetzt worden sind, war schon berichtet worden. Nach der „Germ.“ erstreckten sich die Maßregelungen auf einen Rektor und vier Lehrer, die versetzt worden sind, und auf drei Postbeamte, gegen die ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei.

— (Gegen die Angriffe der Minister v. Rügen und Graf Bismarck) auf das liberale Bürgerium gelegentlich der Etatsdebatte im sächsischen Landtage wandte sich am Sonntag eine liberale Bürgerversammlung in Chemnitz, die vom nationalliberalen Verein einberufen war. Landtagsabgeordneter Langhammer wies die ungehörige und durch nichts begründete Bräufierung der liberalen Parteien mit Unsympathie zurück und erbrachte an Beispielen aus der Geschichte den Nachweis, daß die Konservativen nur dann die Hüter der Staatsautorität sind, wenn durch die Staatsgewalt ihren eigenen Sonderinteressen gedient ist. Minutenlang Beifall folgte seinen Ausführungen. Unter dem Eindruck der Rede sah die Versammlung von jeder Debatte ab und genehmigte einstimmig folgende Resolution: „Eine zahlreich besuchte Bürgerversammlung in Chemnitz legt in völliger Einmütigkeit mit einem Referat des Landtagsabgeordneten Langhammer mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein gegen die durch nichts gerechtfertigte Bräufierung der liberalen Parteien durch die Minister v. Rügen und Graf Bismarck. Die Versammlung dankt dem Abgeordneten Langhammer für seine entschiedene Zurückweisung der ministeriellen Angriffe gegen das liberale Bürgerium und erwartet von den Ministern, daß sie es in Zukunft im wohlverstandenen Staatsinteresse unterlassen werden, bürgerliche Parteien, deren höchstes Ziel die Arbeit für das Wohl des gesamten Vaterlandes ist, durch haltlose Unterstellungen zu verletzen, die nicht dazu beitragen können, ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und dem sächsischen Bürgerium zu fördern.“

Parlamentarisches.

— (Denksache Reichstag. (Sitzung vom 6. Dezember.) In die Reichstag wurde am Montag die ganze Sitzung der Besprechung der Interpellationen über die Unregelmäßigkeiten auf der Kieler Werft gewidmet, die von freisinniger und sozialdemokratischer Seite gestellt worden war. Abg. Dr. von Hart (Frp. Wpt.) begründete in offenbar wohl beachtlichster sehr gemäßigter Weise die Interpellation. Er erklärte, daß wohl die Angelegten, keineswegs aber die Marinerverwaltung in dem Vorwurf freigesprochen worden sei. Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen trage das ganze System der Verwaltung und der ungesunde Einfluß der Bureautratie, der die Tätigkeit der Beamten lähmt. Auch der sozialdemokratische Redner Abg. Legien war ziemlich mäßig und zurückhaltend. Er schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des freisinnigen Redners an und verlangte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, damit der Beamten auf die Finger gesehen werde. In einer außerordentlich langen Rede ludte Staatssekretär von Trippl die Marineverwaltung zu verteidigen. Er behauptete zwar, daß verschiedene Verbesserungen eingeführt und insbesondere eine Beschärfung der Kontrolle veranlaßt werden soll. Allein seine Rede bot nicht die Gewähr dafür, daß eine wirkliche Beförderung der Verhältnisse durch eine gründliche Reorganisation des ganzen Systems herbeigeführt werden würde. Die Unzufriedenheit mit seinen Ausführungen gab sich denn auch in den Äußerungen der späteren Redner zu erkennen. Während der Abg. Kretsch (kons.) sich mit einigen antisemitisch angehauchten Scherzchen begnügte, ohne auf die Sache selbst einzugehen, ließ sich der Abg. Erberger (Ztr.), trotzdem er ja einer der Regierungsparteien angehört, dadurch nicht abhalten, ziemlich kräftige Angriffe gegen die Marineverwaltung vorzubringen. Auch er verurteilte den Bureautraismus, dem er die Schuld an den ganzen Missetaten zuschreibt, und er verlangte, daß ein kaufmännischer Geist in die Verwaltung eintrete. In dem gleichen Sinne äußerte sich der nationalliberale Abg. Dr. Semler, während Abg. von Camp (Wpt.) päpstlicher als der Papst Trippl war und auch den kleinsten Mißstand in der Marineverwaltung leugnete.

— (Der deutsch-bolwanische Handelsvertrag ist am Montag dem Reichstag zugegangen.

— Ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1909 ist dem Reichstage zugegangen. Er verlangt 102 292 Mark für die außerordentliche Instandsetzung des Dienstgebäudes des Reichsjustizamts und 44 250 Mk. für koloniale kartographische Arbeiten. — Es muß auffallen, bemerkt die „Frp. Ztg.“, daß in der Zeit der „Sparsamkeit“ mehr als 100 000 Mk. für den Umbau des Gebäudes des Reichsjustizamts verlangt werden.

Wie sich aus den beigegebenen Erläuterungen ergibt, handelt es sich ausschließlich um Renovierungen der Dienstwohnung des Staatssekretärs. Man müßte danach annehmen, daß der frühere Staatssekretär Niederding in einer ganz traurigen Sachlage gewohnt hat. Der Reichstag wird gut tun, sich genau darüber zu informieren, ob und was an diesen Erneuerungsarbeiten unbedingt notwendig ist.

Provinz und Umgegend.

— Halle, 7. Dez. Als die erste unter den deutschen Kommunen will jetzt die Stadt Halle, veranlaßt durch den Bund der hiesigen Versicherungsvertreter, zum April nächsten Jahres für die Behebung der Versicherungsgeschäfte obligatorischen Fortbildungsschulunterricht einführen.

— Weißenfels, 6. Dez. Beim Stelzenlaufen verunglückte kürzlich ein zwölfjähriger Knabe, indem er beim Erzählen abglitt und sich ein größeres Stück von der Zunge abbiß. Der Knabe wird künftig nur sehr schlecht sprechen können.

— Wettin, 6. Dez. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde der Schaffner Scholz von einem Zuge überfahren und derart verletzt, daß der Mann auf der Stelle verstarb.

— Stumsdorf, 6. Dez. In der hiesigen Kirche wurden während der Abendmahlsfeier Kinder infolge Einatmens von Asphingas, das der Heiligtümer-Feuerungsanlage entstammte, auf den Emporen bewußtlos. Einige mußten in die elterlichen Wohnungen getragen werden, andere konnten zwar noch gehen, sie klagen aber über Übelkeit und Kopfschmerzen.

— Delitzsch, 7. Dez. Von seinem Gespür überfahren und sofort getötet wurde der Knecht Schmidt vom Rittergute Storchwitz.

— Exfurt, 6. Dez. Der 27 Jahre alte Kaufmann Philipp Bender, Mitinhaber des Getreidegeschäftes Albin Roberts Nachfolger in Exfurt, geriet auf einer Geschäftsreise, unweit Döberitz, auf der Höhe des Thüringer Waldes, in eine Schneeverwehung und verstarb. Da Hilfe nicht zur Stelle war, erstarb der in der Volkstakt seiner Jahre stehende Mann. Aus dem Schneeloch ragte der Stod des Vermalgten. Das Signal war erst erkannt worden, als es zu spät war.

— Mühlhausen, 7. Dez. Der Chauffeurwärtter Weibler aus Oberdörla wurde verhaftet, weil er seine Ehefrau nach einem Streite erhängt haben soll. Weibler leugnet. Da aber die Kleider der Frau auf dem Rücken beschmutzt sind, muß sie vorher auf dem Boden gelegen haben. Daher ist Weibler stark verdächtig und eine Gerichtskommission hat sich nach dem Tator begeben. Das Ehepaar lebte schon seit einem halben Jahre in Unfrieden und Weibler hatte seine Frau schon mehrmals mißhandelt.

— Coswig (Anhalt), 6. Dez. Der Gerichtsassistent Nloßig wurde vor einigen Tagen von zwei Lehrlingen, die ein Rezipien probierten, in den Kopf geschossen. R. ist nunmehr an den Folgen der Verletzungen gestorben.

— Duerstadt, 6. Dez. In dem benachbarten Fuhrabach brach auf noch unermittelte Weise Feuer aus. Infolge des herrschenden Sturmes raff das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich. Die vier Geschöste von Germer, Golle, Nolte und Friedrich Nolte sind mit Wohnhäusern und allen Wirtschaftsgebäuden völlig eingedäschert worden.

— Salungen, 6. Dez. Das hiesige Nachlassgericht lücht die unheimlichen Erben der am 28. Juni 1848 in Meiningen geborenen und am 30. November 1909 in Bad Liebenstein verstorbenen ledigen Rentnerin Fanny Detmann. Etwaige Erbschaften müssen innerhalb drei Monaten angebracht sein.

— Eisenberg, 6. Dez. Am Sonntag konnte in Linzhitz der fleckriesig verfolgte Dienstknecht Hendel aus Halberstadt verhaftet werden. Bis zum Eintreffen der Gendarmen wurde er in das Spriehaus gesteckt. Hendel schlug mit einer Kadehade die Tür durch und als er abermals verhaftet werden sollte, ging er mit der Hade auf die Bauern los, wobei er einen von ihnen verletzte. Nun entfiel eine große Schlägerei, bei der Hendel schwer zugerichtet wurde, so daß er in das Johanniterkrankenhaus aufgenommen werden mußte. Dem Hendel ist ein Auge so beschädigt worden, daß die Sehkraft verloren ist.

— Weimar, 6. Dez. Das spurlose Verschwinden des hiesigen Bankiers Schulze, der auch als Konjul der Niederlande fungierte, erregt hier Aufsehen, zumal die Geschäftsräume seit einigen Tagen unter gerichtlichem Verhluß liegen. Bei der bisher mit 300 000 Mark festgestellten Unterbilanz verlieren die lediglich aus Reserveoffizieren bestehende Casino-Gesellschaft, sowie verschiedene Unterstützungen militärischer Vereinigungen ihre Mittel, abgeben



wodurch so offensichtlich allein zum Wohle der Arbeiter getroffen sein, in den Schmutz gereren! Ob sie dann wohl erkennen, daß Menschen solcher Art niemals instande sein werden, ihnen ihre Lage wirklich nachhaltig zu verbessern? Die Verfallter solcher pöblistischen Notizen können sich natürlich außerordentlich flug vor. Und dabei ist's wirklich keine Kunst, in dieser Weise Schriftsteller zu treiben: es gehört nur eine kräftige Portion Geschicklichkeit und Verlogenheit dazu.

Als vergangener Zeit — für unsere Zeit.
Vor 60 Jahren, am 7. Dezember 1849, trat Fürst Friedrich Wilhelm Konstantin von Hohenhausen die Hohenzollernschen Fürstentümer Sigmaringen und Hohenzollern ab. Er bezieht seine Güter und Reuten in Hohenzollern und wurde mit einer Lebenslänglichen Jahresrente von 10000 Talern bedacht. Kurz darauf wurde der von den Kammern genehmigte Vertrag in Berlin ratifiziert. Die Fürstentümer haben sich unter preussischer Herrschaft ebenfalls nicht schlecht gehalten, als vorher, wie denn die Zugehörigkeit zu einem großen Staatswesen im Allgemeinen für die Bewohner vorteilhaft ist.

Wetterwarte.

B. B. am 8. Dez.: Wechselnd bewölkt Wetter bei wenig veränderter, als milden Temperatur und zeitweise stärkeren Winden, stellenweise etwas Niederschläge. — 9. Dez.: Teilweise heiteres, vielfach wolfiges, ziemlich mildes, windiges Wetter mit etwas Niederschlägen.

Gerichtsverhandlungen.

Die Kosten der Verteilung im Kleineren Bezirke, die der Staatskasse auferlegt wurden, sind dem B. Z. zufolge nicht allzu hoch, da jedem Verteilungsbezirk nur 10 bis 20 Mk. für den nächsten Tag der Verhandlung zuteil kommen. Die durch besondere Vereinbarung bewilligten höheren Honorare haben die Freigeizprosen selbst zu tragen. Wie hoch sich diese Honorare belaufen, ist schwer festzustellen. — Wie die „Magdeburger Zeitung“ meldet, haben die im Bezirke freigeizprosen ihre Anwälte beauftragt, die Staatskasse auf Entschädigung zu verklagen.

Ausgehend in das Tagesgericht. Das Reichsgericht in Leipzig hob auf die Revision des Angefallenen das Urteil des Schöffengerichtes vom 19. Oktober er. auf, durch das der Glasbläser August Luz wegen Ermordung des Jagdaufsehers Walter am 6. September er. zum Tode verurteilt worden war.

Vermischtes.

(Ein neues Kapitalverbrechen), das noch dringend der Aufklärung bedarf, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen mitcheligen Frauenmord. Zwei Schiffer fanden Sonntag vormittag gegen 10 Uhr in der Spree am den Mühlentwischen dem obersten Teil des Kumpfes eines weiblichen Frauenkörpers. Die übrigen Teile, der Kopf, die Arme, die Brust und die Gliedmaßen fehlten. Nach Ansicht der Kriminalpolizei liegt hier ein Frauenmord vor. An den Aufschlagsorten Berlins erschien Sonntag nachmittag eine diesbezügliche Bekanntmachung des Kgl. Volksehrwürdigung, die 3000 Mk. Belohnung aussetzt für Personen aus dem Publikum, welche zweideutige Angaben zur Ermittlung des Täters machen. Die Polizei wurde sofort

von dem mysteriösen Verbrechen in Anspruch genommen. Bald erschienen die Nordkommissionen an der Handhabe, die an die Aufklärung des Verbrechens mit großem Eifer herangingen. Es wurde zunächst festgestellt, daß die Verfallter des Leichnams in furchtbarer Weise vorgegangen worden ist. Das Pflüger ist furchtbar durchgeschüttelt und die Arme sind glatt vom Oberkörper getrennt. Das Gesicht der einzelnen Gliedmaßen vom Stumpf ist in sehr geläufiger Weise ausgeführt. Im Schauplatz wurde der gefällige Körper einer eingegebenen Beschäftigung unterworfen. Daß der Leichnam zu dem Zweck in die Spree geschleift worden ist, um ihn an anderer Stelle vertrieben zu verbergen, ist nach Ansicht der Besörde anzunehmen. Die Vermutung, daß die Körpertheile vielleicht durch Dampfschrauben abgelöst sein könnten, ist sehr unwahrscheinlich. Von größter Wichtigkeit ist es für die Kriminalpolizei, Aufspürpunkte über die Persönlichkeit der unbestimmten Töten zu erhalten. Mit Spürschritten wurden Sonntag mittag Verläufe unternommen, die aber kein bestimmtes Resultat erzielten. Ein Umsturz, der vielleicht in einer Spur fähiger könnte, ist folgender: An der See wurden mehrere Felsen Bänder gefunden. Der Rumpf war anfangs wahrscheinlich in Bänder vollständig eingehüllt, und durch die Einwirkung des Wassers haben sich die Stücke nach und nach gelöst. Die noch vorhandenen Reste sind dem Gerichtschemiker Dr. Felsich zur Untersuchung übergeben worden. Leider haben die Schiffer, die den Leichnam gefunden, das Bänder teilweise in die Spree geworfen. Auch bis zum Montag abend ist es der Polizei noch nicht gelungen, dem geheimnisvollen Verbrechen aufzukommen.

(Ein schwerer Unfall) ereignete sich Montag früh 6 Uhr in dem 720 m tiefen Kalkschacht der Gewerkschaft Hildesha zu Dickschalen bei Hildesheim bei einer Seilfahrt. Er wurde dadurch veranlaßt, daß sich ein Seil des Seilzugs der Fördermaschine löste und hierdurch der Fördermaschinen die Gewalt über die Maschine verlor. Das stählige Fördergestell wurde mit Gewalt gegen die Seilseile gedrückt, das nördliche Ende in die Seile des Schachtes. Auf diesem befanden sich vier Bergleute. Daron sind, soweit sich jetzt übersehen läßt, drei getötet, der vierte ist schwer verletzt geblieben. (Zurückbare Zart eines Kranken.) Im Walberghospital in Oepeln hat ein Kranter eine Schwester erzwürgt. Die Staatsanwaltschaft hat sofort eine Untersuchung angeordnet; der Mörder, ein Mann namens Hopens, ist zur Verhaftung seines Selbstmordes interniert worden.

(Selbstmord eines Majors.) Ein Major, D. von Landwehr befand sich in Berlin am Montag morgen auf der Spanbauer Gasse Selbstmord, indem er sich mit einem Dienstrevolver erschöß. Das Motiv zur Tat ist völlig unbekannt.

(Der frühere Reichstagsabgeordnete Sartorius) ist in Rußland mit großer Mehrheit zum Generalrat gewählt worden. Die Ansicht, daß Daron Sartorius die öffentliche Kritik, welche sich an einen Weimarer antwortete, Unrecht geschah, ist weit verbreitet. Sie hat durch diese Wahl einen heftigen Ausdruck gefunden. (Auf der Suche nach dem Völkere Raumörder.) Der Staatsanwalt von Dronow gibt jetzt offiziell bekannt, daß der Waffensmörder von Boguslaw noch nicht ergriffen ist und erhöht die ausgesetzte Belohnung auf 3000 Mk.

Neueste Nachrichten.

Gotha, 7. Dez. Der Erbprinz zu Hohenlohe Langenburg hat an den Vorständen des Wahl-Ausschusses der bürgerlichen Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem er zur Rechtfertigung der

Übernahme des Regierungsamtes ausführte, er sei nicht parteipolitisch, sondern allein patriotischen Erwägungen gefolgt. Besten hätten ihm geboten, sich dem Rufe der Pflicht in einem Augenblicke nicht zu entziehen, wo seine Annahme der Wahl als einziges Mittel erschien, um eine die tiefbauerdlichen Gegensätze zwischen rechts und links noch verschärfende Zusammenfügung des Präsidiums zu verhindern. Rom, 7. Dez. Die Unterhandlungen Sonnino's mit den Parteiführern dauern fort und nehmen guten Verlauf. Fischer haben Lugazzi, Martini, Vetolo, Rastini, Finocchiaro, Carmine ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in das Ministerium erklärt. Über die Verteilung der einzelnen Ressorts ist noch keine sichere Verfügung getroffen. Das Ministerium des Äußeren wird vielleicht von Sonnino selbst übernommen werden.

Meß, 6. Dez. Der durch den Sturm an der Ballonhalle angerichtete Schaden beträgt etwa 12000 Mark.

Wien, 7. Dez. Hofrichter, der gestern seinem ersten ordentlichen Verhör unterworfen wurde, ist durch die Unfähigkeit stark bedrückt, so daß man für seinen Gesundheitszustand fürchtet. Die Militärbehörde hält die Erhebungen für abgeschlossen, so daß das Militärstrafverfahren seinen rechtlichen Verlauf nehmen kann.

Paris, 7. Dez. Der Volatier Vatham ordnet gegenwärtig zu Bourmelon auf dem Lagerfeld von Chalons auf seinem Antoinette-Edelwaiden in engere ein, um im Einvernehmen mit dem Kriegsminister während eines Fluges Schießversuche anzustellen. Andererseits verläutet, es erprobe der Hauptmann Lucas Gerardville zu Chalons-Mendon mit diesem Erfolge einen Apparat einer ganz neuen Type. Der Apparat stieg angeblich mit zwei Personen wunderbar leicht in die Luft auf.

Paris, 7. Dez. Auf einem großen ebenen Felde in der Nähe von Antibes hat gestern der spanische Volatier Fernandez bei Flugerproben mit einem Apparat eigener Konstruktion einen Todessturz. Der Unfall ereignete sich um 9 Uhr vormittags. Fernandez hatte bei wenig günstigem Wetter einige Aufstiegsversuche angestellt und mehrere kurze Flüge erzielte, als nach einem weiteren Aufstiege der Apparat in 25 Meter Höhe umkippte und sich überschlug. Zwischen den Trümmern des Zweiflers auf den Boden gestürzt, erlitt der Volatier so schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Augenblicken verstarb. — Der verunglückte Volatier Antonio Fernandez entstammte der Umgebung von Madrid und zählt 33 Jahre. Er hinterläßt eine junge Frau und zwei Kinder. In Paris betrieb er eine Damenschneidererei und hatte in Algäa eine Filiale errichtet. Der Apparat, womit er den Tod fand, hatte er zusammen im vorigen Jahre mit Hilfe eines Zuschneiders. Der Flieger, den er im letzten ostlichen Salon ausstellte, hielt die Mitte zwischen Wright- und Curtiss-Balonen; der Motor war unter dem Pilotensitz angeordnet.

Hüten Sie sich, verehrte Hausfrau, weisen Sie alles zurück,

beim Einkauf von Dr. Thompson's Sefenpulver vor den vielen und wertlosen Nachahmungen und

was nicht diese Schutzmarke trägt!
:: Seit 30 Jahren überall erhältlich! ::

1/2 Pfd. - Paket 15 Pfg.



Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Publikation gegenüber keine Verantwortung.
Familiennachrichten.
Todes-Anzeige.
Montag früh 6 1/2 Uhr entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unser bezauberndes Sohn
Heinz
im Alter von 8 1/2 Jahren. Um stillen Beileid bitten
Otto Müller und Frau.
Die Beerdigung findet Donnerstag nach mittag 8 Uhr von Johannisstr. 16 aus statt
Bekanntmachung.
Bei der am 6. d. M. festgehaltenen engeren Wahl der 2. Abteilung ist der Kaufmann Friedrich Moriz Kunz für die Jahre 1910 bis Ende 1915 als Stadtverordneter gewählt worden, vorbehaltlich früherer Auslosung gemäß §§ 18, 21 der Städteordnung.
Gemäß § 27 der Städte-Ordnung wird dies bekannt gemacht.
Merseburg, den 7. Dezember 1909.
Der Magistrat
Große Wohnung, 1. Etage, 6 Zimmer nebst reichlichem Zubehör und Garten, 1. Januar oder später zu vermieten
Kohmarkt 13, part.

Zwangsversteigerung.
Mittwoch den 8. Dezember er., vormittags 11 Uhr,
versteigere ich im Saalhof „Zur goldenen Kugel“ hier selbst einen großen Vollen zum Teil neue Baugeräte, als:
Ädel, Eimer, Kalkhäbel, Betonstamphen, eiserne Karren, vier neue Kontorbücher, 1 Reisbreit und 1 Model (Al. Haus)
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Pfleger, Gerichtsvollzieher.
Eine Wohnung, Etage, 2 Kammern, Küche und Zubehör, Preis 60 Taler, zum 1. April zu beziehen. Offerten unter A. 100 an die Exped. d. Bl.
Junge Leute (jeden am 1. Jan. eine Familienwohnung, Offset unter „Wohnung“ an die Exped. d. Bl.
Auf ein Hausgrundstück mit 3 Morgen Feld werden zur 1. Stelle 2000 Mk. sofort oder später gesucht. Zu erfragen im Laden Eutenplan 3.
Ein Chaiselongue
(neu) ist billig zu verkaufen
Große Ritterstraße 8.

Wohlweis

denen Monat lang liefern wir Ihnen ganz ohne den besten und billigen Wochenchriften „Die Hilfe“. Herausgeber ist Friedrich Neumann, M. d. B. Diese Zeitschrift kostet vierteljährlich beim Buchhändler und bei der Post nur 2, 12 Mk.; dabei jedoch so sich durch beispiellose Reichhaltigkeit an gehirner Anhaltungs- und Bildungsstoffe aus. Versuchen Sie bitte ein kostenloses Monatsabonnement!
„Die Hilfe“ Berlin-Schöneberg.

Christbäume
verkauft am Saalhof „Zur roten Strick“ und Johannisstraße 2
Johann Wippich.
Marktstand: Ecke Ritterstraße.
Christbäume
verkauft **Hermann Günther,**
Meißner Str. 1.
Stand am Ratshaus.
Metal- u. Kautschukstempel
für Behörden und Privats
Hofert
Sehr. Böttcher
Merseburg, Roßmarkt 2

Institut Volk
Jünnau i. Thür.
Elnj., Fähr.-. Abitur.-(Ex.)
Ehnl. hber. Dr. frel.

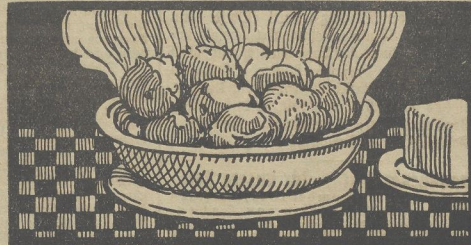
Eine Wäckerolle
best zu gefälligen Benennung
Oelgrube 13.



Auf dem Heimwege
 vom Einkauf sind sparame Haus-
 frauen daran erkennbar, daß sie
Rheinperle und Solo

mit sich führen. Millionen von Hausfrauen wissen es, melch große Ersparnis sie durch den Gebrauch dieser Marken anstelle der teuren Butter erzielen. Rheinperle und Solo sind in allen Verwendungsarten der feinsten Naturbutter gleich. — Überall erhältlich! —

**All. Fabrikanten: Jurgens & Prinsen,
 G. m. b. H., Goch (Hild.).**



*Koststoffal in der Tafel:
 Ein köstliches Gericht!
 Doch soll es auch lieb und
 Wohlgeschmack haben!*

IV. G. H. H. H.

Palmona

Pflanzen-Butter-Margarine
 frei von tierischen Fetten; von reinem, delikatem
 Geschmack; vorzüglich als Brotaufstrich;
 vollkommener Butterersatz.

H. Schlinck & Cie. A. G.

Alleinige Produzenten von
 •Palmin• und •Palmona•

Infolge Aufgabe

der **Maschinenhandlung** werde ich im Auftrage der Firma Leo Hertzberg, Weissenfels, Spezialfabrik für Hand-Strohpress- und Binde-Apparate, am

Donnerstag den 9. u. Freitag den 10. Dezbr.

von vormittags 10—12 Uhr und nachmittags 1—4 Uhr
 im Ausstellungsgebäude genannter Firma, Dammstr. 1 neben der Pfennigbrücke, folgendes

**landwirtschaftliche Maschinen u. Geräte
 öffentlich meistbietend verkaufen:**

9 Kultivatoren, 1, 2, 3 und 4spännig, 3 Universalpflüge, 1 Zweischarpflug, 3—4spännig, 1 Dreischar-Pflug, Furchenzieher, Kartoffelrodekörper, Zweischarkörper, Rübenrodeschar, Häufelkörper, eine grosse Menge Ersatzteile zu Sack'schen Pflügen (hier bietet sich Wiederverkäufern günstige Gelegenheit, ihr Lager zu komplettieren), 55 Rübenscheider (die Maschinen können an Ort und Stelle probiert werden), 2 Kugellager-Handdreschmaschinen, 2 Strohschneidmaschinen, 1 Kartoffelsortiermaschine, 2 Sackkarren, 5 gusseiserne Kartoffeldämpfer, 3 schmiedeiserne Kippdämpfer, 5 Quetschen, 3 Saateggen, 2 Ackereggen, 1 Feineggen, 8 Universal-Saat- und Ackereggen, 2 Triebe, 1 Strohschneider, 1 Handhackpflug, 1 Bügelgöpel (2—3spännig), 1 ganz eisernem Fundament, 1 Ackerschleife, 1 Weinberg-spritze, 1 Väschemangel, 2 Buttermaschinen, 1 Zentrifuge, „West-pfalia“, 100 Liter, einige Spaten, Rübenhäbeln, 1 gebrauchte Häckselmaschine, 4 Jauchepumpen.

Sämtliche Maschinen und Geräte sind erstklassige Fabrikate neuesten Modells in tadellosem Zustande.

Bei Kauf ist mindestens 1/4 der Summe anzuzahlen und sind die gekauften Maschinen und Geräte spätestens innerhalb 8 Tagen abzunehmen.

Louis Heber,

öffentlicher Auktionator und vereidigter Taxator.

Mähmaschinen, Pferderechen, Drillmaschinen, Heuwender usw. kommen unter gleichen Bedingungen Mitte Februar 1910 zum Verkauf. Sämtliche Maschinen und Geräte können vorher besichtigt werden.

Gebr. Planinos

in besten, fehlerfreiem Zustande, sehr gut erhalten, für Mk. 280.— und Mk. 330.— zu verkaufen.

**Albert Hoffmann,
 Halle a. S., Am Riebeckplatz.**
 Reparaturen, Stimmungen prompt
 gewissenhaft billigst.

Universal-Lederfett,

säurefrei, wird nie ranzig, macht das Leder dicht und dauerhaft.

prima Sulfett

zur Konservierung des Hufes, empfiehlt
Eduard Klaus.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. G. Böhner in Merseburg.

Richard Lots

Spezial-Geschäft

feiner Papier-, Schreib-, Leder- u. Luxuswaren, Kunsthandl.
 Burgstrasse 7. Fernsprecher 291.

Meine

„Weihnachts-Ausstellung“

ist eröffnet und bietet in diesem Jahre eine besonders reiche Auswahl in für Weihnachten passenden Geschenken. Ich lade zum Besuche derselben ergebenst ein und ist auch Nichtkäufern die Besichtigung gern gestattet. Meine Preise sind reell und billig und ohne Rabattberücksichtigung gestellt.



Billigste Bezugsquelle



in
**Emaillie-Haushaltungs-
 Gegenständen**

finden Sie im Spezialgeschäft von

H. Becher, Schmale Str. 2, nahe am Markt.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Ein fettes Schwein

hat abzugeben

Waldas Biegelei

Eine große helle Werkstube

zu vermieten

Güterstraße 3.

Zweite Beilage.

Militärisches.

Deutschland. Ein Einheitsgeschöß für die Feldartillerie. Die Munitionsausrichtung unserer Feldartillerie ist nach einem solchen ausgegebenen Umfang zum Exzerzier-Regiment durch das Feldhaubitzengeschöß 06 vermehrt worden. Es handelt sich um ein Einheitsgeschöß, das sowohl als Granateneinheitsgeschöß als Granate in einem Geschöß vereint sein kann. Der Doppelschüler trägt verschiedene Durchschlagsleistungen und Wurfentfernen, auf die er eingestellt wird, so daß das Geschöß mit Wrenzgrün als Geschöß, mit Aufschlaggrün als Granate oder mit Verzögerung verfeuert werden kann. In diesem Falle bringt das Geschöß zunächst in den Boden oder 3. B. in die Erde eines Hofraums ein und springt erst dann. Durch diese Neuerung hat die Feldartillerie ein einziges Geschöß an Stelle von dreien erhalten, und der Munitionserfolg wird wesentlich vermehrt. Allerdings erfordert, wie die „Köln. Zeitung“ schreibt, das richtige Einfeilen des Zünders eine erhöhte Aufmerksamkeit der Bedienung und entsprechende Aufsicht.

Gesundheitspflege.

Die Behandlung des Gelenkrheumatismus vom Halse aus. Dr. Schichold in Weipzig hat in 70 Fällen im Mittelalterzeitlich die Behandlung des Gelenkrheumatismus vom Halse aus durchgeführt. Er hält dies für das einzige Mittel, das bei reichhaltiger Anwendung eine völlige Heilung des Rheumatismus gewährleistet und auch vor den üblichen Nebenwirkungen, vor allem des Herzens, schützt. Dr. Schichold glaubt sogar, daß Herzanomalien gebildet werden, wenn der Krankheitsprozess noch nicht zu alt ist und nicht bereits Gewebsveränderungen eingetreten sind. Die Behandlung besteht darin, daß die eiterhaltenden Mandelstücken entfernt und nach 3-4 Tagen entfernt werden. Die Heilung findet ihre Stütze in der Anweisung, daß die Krankeisenerreger des Gelenkrheumatismus in den Mandeln verborgen sind und dort gelegentlich einer Mandelentzündung in den Kreislauf eingeschleust werden. Bei seinem Verfahren hat Dr. Schichold in zwei Jahren keinen Mißerfolg erlebt. Er hält die Operation für ungefährlich, nach ihr tritt meist sofort Besserung der Beschwerden ein. Die Kranken verlassen nach wenigen Tagen das Bett und werden mit Massage und Dampfbadern behandelt.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Ein alter lieber Bekannter des lebenden Deutschland präsentiert sich im neuen Gewande. Die illustrierte Zeitschrift „Der Land und Meer“, die seit ihrer Umbenennung von Stuttgart (Deutsch-Verlags-Anstalt) aus hauptsächlich in die Welt geht, zeigt in der ersten Nummer ihres neuen Jahrganges veränderten Stil. Das alte Blatt, das von jeher danach getrebt hat, zwar nicht jede literarische Mode kopieren mitzuziehen, wohl aber mit allem Weitenden der modernen geistigen Entwicklung in Deutschland gleichen Schritt zu halten, steht jetzt unter der Leitung Rudolf Weichers, der in seiner feldischen Art nicht geizig hat, manches Vereitete aus dem Blatt auszuscheiden und an seine Stelle Weisvolles, Feinselbendes zu setzen. — Schon die Namen der Mitarbeiter, die im Prospekt des neuen Jahrganges aufgeführt werden, beweisen, daß die fähigsten Köpfe, die bestbelehrteten Schriftsteller unter unseren heutigen Publizisten sich dem neuen Leiter von „Der Land und Meer“ zur Verfügung gestellt haben. Die erste Nummer bringt eine Fülle interessanter Mitteilungen und eine Reihe sorgfältig ausgearbeiteter Beiträge erzählender und essayistischer Art. Wir empfehlen unsern Lesern, sich von der nächsten Heftabgabe die erste Nummer von „Der Land und Meer“, die kostenlos geliefert wird, oder das 1. Heft zur Ansicht kommen zu lassen, damit sie sich durch eigene Prüfung überzeugen, was für den billigen Abonnementspreis — vierteljährlich 18 Nummern 3 Mk. 50 Pf., oder 60 Pf. für das 14 tägige Heft — geboten wird.

Gerichtsverhandlungen.

Verurteilung eines Landtagsabgeordneten wegen Betruges. Der Landtagsabgeordnete Hofmeister Schliepke aus Leubitz bei Schöppeneitz, der sich vor der Strafkammer in Trausnitz wegen Betruges, begangen durch Manipulationen an seiner Viehwage zu verantworten hatte, wurde wegen vollendeten Betruges in einem Falle zu einem Monat Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe und wegen eines Betrugesversuches zu drei Wochen Gefängnis und 1200

Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht zog diese Strafen in eine Gesamtstrafe von sechs Wochen Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten zusammen.

Ein Überfall auf Berliner Sommerfrühlerinnen beschäftigt dieser Tage das Kriegsgericht der fünften Division in Frankfurt a. D. Die Anklage richtete sich gegen den Musiker Paul Krüschner von der zweiten Kompanie des Infanterieregiments Nr. 64. Das während des letzten Wanders in Neuzelle und Umgebung in Quartier lag. Er wurde der verlustigen Notzucht beschuldigt. Der Angeklagte war in der Nacht zum 8. September in Zivilkleidern auf Abenteuer ausgegangen, nachdem er vorher angeblich dem Szenen reichlich ausprobiert hatte. Mehrere Berliner junge Damen, die damals im Neuzeller Schwefelhelm zur Erholung weilten, wurden auf dem Heimwege von einem Militärtrupp plötzlich von R. überfallen. Eine der Damen sowie die Oberchwefel der genannten Truppe wurden von ihm zu Boden geschlagen und gewürgt. Die Damen riefen so lange um Hilfe, bis der Ilhobold von ihnen abließ und das Weite suchte. Er wurde jedoch bald ermittelt und unter Anklage gestellt. Jetzt kommt er sich angeblich als Französischer nicht mehr einfinden, da er zur fraglichen Zeit tot betrunken gewesen sein sollte. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis, verlegte auch seine sofortige Inhaftnahme.

Vermischtes.

Der Kaiser und sein Lehrer. Eine drollige Strafe verhängte, wie „Das Buch für Alle“ mittelt, einst der im vorigen Jahre verlebte russische Kaiser Nikolaus II. auf seinen Lehrer für Sankt Petersburg. Es fiel ihm nämlich eines Tages ein, Französisch zu erlernen, und man sah sich nach einem geeigneten Lehrer um. Ein Hösling empfahl seinen lernbegierigen Majestät einen gewissen V., der als tüchtiger Kenner dieser fremden Sprache galt. Der Mann wurde zu Hofe befohlen und hatte die Ehre, dem Kaiser Stunden zu geben. Allen der Kaiser merkte bald, daß sein Lehrer vom Französischen fast noch weniger verstand als er selber, und war sehr unglücklich. Da schickte er V. zu seinen Eltern und bat um sein Leben, das ihm vom Kaiser hinhöflich gemährt wurde. Er ließ jedoch seinen bisherigen Lehrer mit einer französischen Grammatik in einen Koffer einpacken und befahl, ihn so lange darin zu belassen, bis er wirklich Französisch gelernt habe. Noch nie hat man einen Schmeisler eifriger Französisch studieren sehen wie den armen V., der übrigens bald darauf in Gnaden wieder entlassen wurde.

Während der nächsten Nacht in A. und B. in Berlin im Hofamt in der Schmeibstraße traten die Täter mit großer Kühnheit auf. Während der eine Marlen forderte, zog sein Gefährt eine Revolver hervor und schoss auf den Beamten. Als er zum zweiten Male abdrückte, verlegte die Waffe. Die Kugel durchlöcherte die Uniform und drang unter dem rechten Armel ins Fleisch ein. Der Uniformrock lag an dieser Stelle in einer Falte, so daß die Kugel das Tuch zweimal durchschlagen mußte, die Wirkung wurde dadurch bedeutend herabgemindert. Der Beamte befiel seine Gefährtgenossen. Er warf das Schalterfenster zu, wodurch der Raub verhindert wurde. Dann eilte er, statt die Verfolgung aufzunehmen an den Telefonapparat, um das Hauptpostamt zu benachrichtigen, von dem das Zweigamt in der Schmeibstraße abhängt. Während er an der Kurbel besitz drehte, eilten aus den hinteren Räumen seine Kollegen herbei. Die Identitäten hatten bereits das Freie gewonnen und waren spurlos verschwunden.

Schwefelkugeln in Kassel. Die Arbeitsbrücke am Neubau der Fußabridge ist durch das Schwefel fortgeschwemmt worden. Die Bewohner der unteren Stadt sind behördlich aufgefordert worden, die Keller zu räumen. Das Wasser steigt weiter.

Eine gefährliche Ballonfahrt. Beim Aufstieg des Ballons „Segler“ in Göttingen wurde ein Soldat, der sich mit dem Weinen im Schlepptau verwickelt hatte, mit in die Höhe gerissen und vierhundert Meter mit emporgeschwemmt. Dann erst gelang es, ihn in den Korb hineinzugleiten.

Der Hirschkäse in der Goehe. Der Schlichter der Hofjagden in der Goehe (Sonnenabend) brachte am Vormittag das Hauptjagden am Hirschkäse auf Rothwild, wobei 50 Hirsche und 105 Stück Mutterwild zur Strecke gebracht wurden. Nachmittags um 2 Uhr folgte eine Jagd mit der Fundermutter auf Sauen, wobei 160 Stück Schwarzwild erlegt wurden.

Opndjustiz an einem Regerpfarrer. In Gochran in Georgia soll, nach einer Kabelmeldung des New-Yorker Telegraphen, eine aufgelegte Menge am Sonntag ein Verbrechen an einem Regerpfarrer namens John Garvard. Der Regier hatte an einen Weisen gelehrt, der mit seinem Automobil an dem Mauseleipfahnen des Regers so nahe vorübergefahren war, daß die Mausele auf seinen angefangen hatten. Garwards Kugel hatte den Automobilisten tödlich getroffen. Eine wütende Menge packte Garvard und schleppte ihn vor die Stadt. Dort wurde der Unglückliche an einen Pfahl gebunden und bei lebendigem Lebte verbrannt. Ein Vorstoß, ihn zu erschließen, war einstimmig abgelehnt worden.

Diebstahl in der Internationalen Hotel- und Eisenbahnstation. Internationale Hotel- und Eisenbahnstationen wurden vor längerer Zeit eine Menge Wertgegenstände abgenommen, nach deren Eigentümern jetzt von München aus geforscht wird. Die Diebe sind die Reisenden Georg Rügner und Schmalz, der unter dem Namen Wagner von Wehrland auftrat. Die beiden suchten besonders die Bahnen und Kurorte beim Verreisen aber auch Eisenbahnstehplätze, die bis zum Jahre 1907 zurückliegen. Zu den Diebstählen, deren Eigentümer noch nicht ermittelt werden konnten, gehören eine silberne Damentasche eine Reisetasche aus rotgebundenem Leder, ein schwerer Trauring mit dem Zeichen W. M., eine silberne Zigarettenbox, mehrere Brotscheiben mit Brillanten und Brillantrosen, eine alte flache Damenzuguhr, eine alte Goldarbeit mit goldenem Zifferblatt und römischen Ziffern, dazu eine Halskette, weiter eine Herrenuhr mit dem Monogramm S. W., goldene Weisheitszähner, Herrenuhren, Perren- und Damentingeln.

Bergigungsaffäre in Friedrichsberg. Es ist jetzt festgestellt, daß in der Zrenanstraße in Friedrichsberg bei Hamburg tatsächlich 298 Ertränkungen vorgekommen sind. Der Verdacht richtet sich gegen zwei Personen, die mit den Exzellen zu tun haben. Die Direction hat seit langem angeordnet, daß von jeder Exzelle eine Probe zu entnehmen muß. Von der in Betracht kommenden Exzelle soll keine Probe mehr vorliegen. Dies würde den Verdacht eines heuchlerischen Verbehrens erhöhen.

Der tragische Tod eines Schulknaben in W. Arm, der, wie wir feinerzeit meldeten, um einer ihm zugebundenen Dörrgüte auszureichen, zur Seite sprang und hierbei unter die Räder eines Straßenbahnwagens geriet, hat seine Leiche geborgen. Wegen der perforierten Stelle des Halses ist es nicht möglich, daß ein Stück Holz so heftig angekratzt worden war, wofür der Junge geschädigt werden sollte, war ein Verfahren wegen schlüssiger Lösung eingeleitet worden. Das Verfahren ist jetzt eingestellt worden, nachdem durch die Untersuchung sich nicht hat nachweisen lassen, daß Steinmetz den Tod des Knaben verschuldet hat und daß er den traurigen Erloß hätte voraussehen müssen.

Berliner Getreide- und Produktmarkt.

Table with market prices for wheat, rye, and other products. Columns include item name and price per unit.

Viehmarkt.

Veipzig, 6. Dez. Bericht über den Schlachtviehmarkt an Ort und Stelle. Schlachtvieh: Ochsen, Qual.: I 83, II 75, III 66, IV 55, V 45; Bullen, Qual.: I 83, II 75, III 66, IV 55, V 45; Schweine, Qual.: I 73, II 69, III 65, IV 59, V 49; Legehenshühner: Kühen, Qual.: I 49, II 44, III 39, IV 34, V 29; Schafe, Qual.: I 41, II 35, III 30, IV 25, V 20; Ziegen, Qual.: I 35, II 30, III 25, IV 20, V 15; Kalber, Qual.: I 35, II 30, III 25, IV 20, V 15; Sauen, Qual.: I 35, II 30, III 25, IV 20, V 15.

Advertisement for Maggi products. Text: 'Als praktische Weihnachtsgeschenke'. 'Man achte auf den Namen „MAGGI“ und den Kreuzstern.' Products listed: Maggi Würze, Maggi Suppen, Maggi Bouillon-Würfel.

Advertisement for S.M. products. Text: 'S.M. Braten, Fische und Gemüse'. 'geraten vorzüglich bei Verwendung von Siegerin- und Mohra-Margarine anstelle teurer Meiereibutter! Die Eripannis ist bedeutend!' Includes a logo for S.M.



Treue um Treue!

Ein Weihnachtswort an die Bevölkerung.

In den Beziehungen der Menschen untereinander hat kein Begriff einen höheren Wert und kein Wort einen schöneren Klang als: **Vertrauen**. Das Glück der Menschheit, die innere Wohlfahrt der Völker, der Bestand der Familie und die sittliche Kraft des Einzelnen, alles beruht auf festem Vertrauen. Wo dieser Gedanke ausgeschaltet wird, leidet die Wohlfahrt des Einzelnen und der Gesamtheit Schaden. Wir wollen unsere Zeit nicht schlechter machen als sie ist, doch es will uns scheinen, als sei es mit Treue und Glauben nicht mehr so gut bestellt als früher, als habe insbesondere das öffentliche Vertrauen schweren Schaden gelitten. Die Klassen und Stände unseres Volkes stehen sich in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht vielfach schroff gegenüber und schwer ist es, die wirklichen und oft künstlich geschaffenen Geansätze auszugleichen. Nimmermüde Kräfte sind am Werk, das gegenseitige Vertrauen zu erschüttern, den Kampf der Konfessionen und Parteien zu verschärfen, die Stände gegeneinander anzuspüren und ihre Daseinsberechtigung anzuzweifeln.

Unter der letzten Erscheinung hat der zwischen Erzeugung der Güter und ihren Verbrauch vermittelnde Detailhandel schwer zu leiden. Ist seine Lage durch den übergroßen, infolge großkapitalistischen Eingreifens sogar unbeschreiblich rücksichtslosen Wettbewerb im Laufe der Jahre schon immer schwieriger geworden, so hat ihm die von seinen Gegnern verbreitete falsche Lehre, er sei wirtschaftlich überflüssig geworden, eine besondere Abwehrtätigkeit zur Pflicht gemacht. Bis jetzt hat noch keiner der wirtschaftlichen Gegner des Kleinhandels irgendwie den Beweis erbracht, daß es im allgemeinen dauernd möglich sei, eine bessere Wirtschaftsform an seine Stelle zu setzen. Der mittelständliche Detailhandel ist ein Bedürfnis für das Wohl der Bevölkerung und wird es bleiben. Er bildet in der arbeitsteiligen Produktion unseres Wirtschaftslebens ein durchaus unentbehrliches Glied.

Die Frage: Wo belorgst Du Deine Einkäufe

ist in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine ungemein wichtige, die so sehr in das ganze Volksleben einschneidet, daß ernstes Nachdenken über die richtige Art des Einkaufens zu einer immer größeren Pflicht wird. Die vertrauensvolle Antwort muß sein: In erster Linie bei dem leistungsfähigen tüchtigen Kaufmann

des Mittelstandes, bei dem selbständigen Geschäftsinhaber, der durch seine Reellität, Warenkenntnisse und Erfahrung in der richtigen Behandlung der Kundschaft die beste Gewähr für gute Befriedigung unserer Kaufbedürfnisse bietet.

Wirklichen Vorteil hingegen findet der Käufer z. B. in Warenhäusern und Konsum-, Haushalts-, Beamten- etc. Vereinen, Versandgeschäften etc. nicht, wie weiterhin näher dargelegt werden soll; er stärkt aber ihre nach unserer Ansicht schädliche Wirksamkeit, wenn er ihnen sein Geld zuträgt und dadurch am Ruin des mittelständlichen Geschäfts mitarbeitet. Die Kaufmannschaft und das wareverkaufende Handwerk begnügen sich bei Lieferung bester Ware mit einem bescheidenen Verdienste und sind durchaus konkurrenzfähig. Noch mehr sind dies die zu **gemeinnützigen Rabattsparrvereinen** zusammengeschlossenen Geschäftsinhaber, die außerdem auf Bareinkauf einen ansehnlichen Rabatt in Marken des Vereins gewähren, der gesammelt eine wertvolle Beihilfe darstellt. Millionen von Hausfrauen im Reiche machen sich diese vorzügliche Einrichtung zu nutze, zum besten ihrer Familie und zur verdienten Stärkung der Geschäfte des Mittelstandes, der erhalten werden muß, soll unsere Staatswohlfahrt, unsere vaterländische Blüte nicht ihres besten Grundes beraubt werden.

Eine der schönsten Vorzüge des mittelständlichen Geschäftslebens ist die Tatsache, daß in ihm der Käufer individuell seinem Bedürfnis entsprechend bedient wird. Diese Individualität fehlt der Tätigkeit des Warenhauses und unsern andern Gegnern. Der Zweck des im Warenhause verwendeten Großkapitals ist:

„Gewinn um jeden Preis“

auch um den Preis der Achtung vor den berechtigten Interessen des mittleren Detailhandels. Daraus erklärt sich die Eigenart, mit der das Warenhaus die Kundschaft anzulocken sucht. Es ist über das Unsinnige des Kaufs in Warenhäusern unendlich viel geschrieben worden und wenn auch nicht zu leugnen ist, daß das Warenhaus den Höhepunkt seiner Entwicklung überschritten hat, daß die Bevölkerung sich mehr und mehr dem guten Spezialgeschäft wieder zuwendet, so ist das Gros der Käuferkraft noch viel zu wenig aufgeklärt.

Das Warenhaus kann nichts verschenken,

es muß verdienen, ja es muß in riesigem Maße verdienen, wenn es die kolossalen Unkosten nur decken will, die es zur Gewinnung der Käufermasse aufwenden muß. Es holt durch riesige Reklame, verschwenderische Beleuchtung, Locartitel unter Einkaufspreis, spekulative Pfennigauszeichnung die Kundschaft heran, ist dann aber genötigt, für andere Waren bedeutend höhere Preise zu nehmen, damit große geschäftliche Vorteile erzielt werden.

Das Warenhaus erringt keine größten Erfolge durch die unausbleibliche Trübung der Urteilsfähigkeit des Käufers.

Wie hoch der **Preisaufschlag** und die **Unkosten** des Warenhausbetriebes sind, das ergibt ein Blick in die Bilanzahlen eines der größten Warenhausunternehmungen, nämlich der Aktien-Gesellschaft Leonhard Tieß, deren Aktien jetzt zum Handel an der Börse zugelassen sind.

Während sich die Warenhäuser sonst nicht in ihre Rechnung hineinsehen lassen, mußte obige Firma, um ihren Zweck an der Börse zu erreichen, ihre Umsatz- etc. Zahlen bekannt geben. Die Öffentlichkeit erfuhr dabei folgende Ziffern:

	in Millionen Mark			
	1905	1906	1907	1908
Umsatz	24,—	25,7	27,85	28,61
Bruttogewinn	6,93	7,66	7,73	7,67
Unkosten	5,27	5,46	5,71	5,77
Reingewinn	0,99	1,03	1,00	1,18

Rechnet man die Ergebnisse nun nach Prozenten aus, so erscheint folgendes Bild:

Bruttogewinn	28,80 %	29,80 %	27,70 %	26,80 %
Reingewinn	3,75 „	4,— „	3,60 „	4,— „

Nach Abzug des Bruttogewinns vom Umsatz ergibt sich der Einkauf.

	in Millionen Mark:			
Dieser beträgt also	17,07	18,04	20,12	20,94
Darauf verrechnet, betragen in Prozenten die Aufschläge	40,60 %	42,46 %	38,12 %	36,63 %
Allein für Unkosten sind aufgeschlagen	30,86 „	30,26 „	28,38 „	27,56 „

In den vier Jahren betragen also allein die Unkosten 29 1/4 % vom Einkauf.

Hieraus ergibt sich der Beweis für unsere Behauptungen, nämlich, daß das Warenhaus mit einem **Preisaufschlag** zu rechnen genötigt ist, der weit höher ist als der Aufschlag, den unsere Spezialgeschäfte in der Regel in Anwendung bringen. Wo sind z. B. Weißwaren-, Schuhwaren-, Lebensmittel-Geschäfte, die im Durchschnitt 40 % Preisaufschlag nehmen können. Bedenkt man ferner, daß an der großen Zahl der **Sortartikel nichts verdient** wird, ja daß sie oft sogar unter Einkaufspreis abgegeben werden, so ist klar, daß auf die übrigen Artikel noch weit mehr draufgeschlagen wird, um den nötigen Ausgleich herbeizuführen.

Die Warenhäuser verkaufen also im Durchschnitt zu bedeutend teureren Preisen als der mittelständliche Kleinhandel.

Hierzu gibt ein Urteil des Kammergerichts, des höchsten preussischen Gerichtshofes eine passende Illustration. Es urteilte im vergangenen Jahre dahin:

„Es ist gerichtsbekannt, daß die Warenhäuser durch Verkauf geringwertiger dem Massenkonsum dienender Artikel zu auffallend billigen Preisen die große Menge des Publikums anzuziehen suchen und beim Kauf anderer Gegenstände aber vielfach höhere Preise als die kleinen und mittleren Geschäfte fordern.“

Ebenso unverständlich und unorthodox wie der Kauf im Warenhause, ist derjenige in **Ramsch-Bazaren, Wandergläsern, Versandhäusern, Abzahlungsgeschäften** und wie die modernen Produkte der Gewerbefreiheit alle heißen.

Die Konsumvereine

versuchen andauernd die Bevölkerung zu veranlassen, ihre Kaufbedürfnisse nicht mehr beim Kaufmann oder Handwerker, sondern beim Konsumverein zu befriedigen. Man will also den mittelständlichen Geschäftsleuten, die ohnehin schwer mit der Not der Zeit zu kämpfen haben, noch weiter das Brot nehmen. Es leuchtet ein, daß die Vorteile, welche einen Familienvater veranlassen könnten, in solcher Weise die Achtung vor den Interessen alter benährter Stände zurückzusetzen, geradezu **bedenklicher Natur** sein müßten.

Wer die Lehre der Konsumvereine ungeprüft hinnimmt, auf den wirkt es recht bestechlich, selbst den Verdienst erringen zu sollen, welchen der Kaufmann und Handwerker mühevoll aus seinem Gewerbe zieht. Da es aber den Konsumvereinen naturgemäß darum zu tun ist, viele Mitglieder zu gewinnen, so lassen sie nur die angeblichen Vorteile ihrer Sache hervortreten, übergehen aber dasjenige, was der Bevölkerung die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen weniger angenehm erscheinen lassen könnte. Wir verweisen an dieser Stelle nur darauf, daß jedes Mitglied des Konsumvereins einen Geschäftsanteil einzahlen muß, und daß es mit diesem und mit einer ferneren Hafsumme für den Bestand und die Verpflichtungen des Konsumvereins die persönliche Haftung übernimmt.

Die vielen Zusammenbrüche von Konsumvereinen (seit 1907 über 100), bei denen Tausende von wenig bemittelten Leuten ihr schwer erarbeitetes Geld einbüßten, reden hier eine warnende Sprache.

Diesen bedenklichen Unannehmlichkeiten gegenüber muß der vermeintliche Vorteil, welchen die Konsumvereine ihren Mitgliedern zuführen, umgerechnet auf das einzelne Mitglied als ein sehr geringer erscheinen.

Wir fügen hier eine

konsumgenossenschaftliche Totenliste

ein. Nach unseren Feststellungen haben seit 1907 in folgenden Orten Konsumvereine ihren Konkurs angemeldet oder liquidiert:

Mag. b. Bindersleben,	Eupen,
Bittschweiler-Ehan,	Feldkirch (Vorarlberg),
Bedum,	Freimersheim (Pfalz)
Berus bei Saarlouis	Friedenau b. Berlin,
(Bürger Konsumverein),	Freyfing,
Blickweiler,	Fuchsmühle,
Blumenthal,	Fulda,
Bromberg,	Gelsenkirchen,
(Lehrer-Wirtschaftsverband),	Glaß,
Burgfelben,	Gleifenberg (Bayern),
Calbe a. M.,	Glöfing,
Charlottenburg (Bäckerei-	Göriz a. D.
gesellschaft Produktion),	Goslar,
Colmar,	Groß-Laffeide,
Sonnenwiz-Leipzig,	Grüna,
Danzig,	Halle,
Deensen,	Hamburg
Dörnberg,	(Neue Konsumgenossenschaft),
Dortmund,	Hamm,
Dransfeld,	Hassenberg,
Eisfeld,	Hasloch,
Elsterwerda,	Haynau,
Emsted b. Cloppenburg),	Hemelingen,
Erfurt (Kasino-Gesellschaft),	Herbringen,
Erfelenz,	Insterburg,
Eichenzeiler (Elsaß),	Jarmen,

Karlsruhe,
Kirchlengern,
Königsberg i. Pr.
(Beamten-Konsumverein),
Königheim (Taunus),
Konstanz,
Köpenick (Konstantia),
Köpenick (Vorwärts),
Kottbus,
Kreuz,
Kreuzwald,
Landshut,
Langendroer,
Langenlohe,
Lapoldsgrün,
Lauenau,
Leuz,
Lochau,
Löwenberg,
Meißen i. S.,
Merseburg,
M.-Glabbach (Land),
Mutterstadt,
Neustadt a. d. S.,
Neuwerk,
Niederbarbenberg,
Nieder-Gründchen (Oberhessen),
Oberhausen,
Offenbach,
Ohligs
(Beamten-Konsum-Verein),
Oldendorf,
Geff.-Oldendorf.

Orb,
Ottien,
Paderborn,
Peine,
Pfeffingen,
Pforzheim
(Lebensmittelbedürfnisverein),
Pfeifein,
Reichrnbach,
Ruhort,
Schönbach i. S.
Schortens,
Schwerdtle,
Sebnitz,
Sonnenberg,
Spradow,
Steinbergen,
Stendal,
Stralsund,
St. Ludwig,
Straßenebersbach,
Süchteln,
Tönning,
Trier,
Troßingen,
Varel i. D.
Wangen,
Waldheim,
Weitersheim.
Winzenburg,
Witterda,
Zahna,
Zossen.

Zusammen 112 Konsumvereine. Bei einzelnen von diesen ist nicht zu erkennen, ob sie aus anderen Ursachen, als wegen Zahlungsschwierigkeiten liquidierten. Durchweg handelt es sich um Zusammenbrüche.

Zimmer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß das **Lochkittel** der hohen Dividenden in Konsumvereinen eine Täuschung der Kundenschaft ist. Keinen besseren Beweis hierfür gibt es, als das eigene Geständnis der Führer der Konsumvereinsbewegung. Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ No. 19 Jahrgang 1908 schrieb:

Es läßt sich die hohe Rückvergütung nicht aus der Tüchtigkeit der Verwaltungsmitglieder, auch nicht aus der Geschicklichkeit oder dem Glück im Einkauf oder aus dem Umfang der Vereine erklären. Die großen Unterschiede in der Höhe der Erübrigung finden ihre Erklärung in der ungleichen Höhe der Verkaufspreise, oder richtiger gesagt, im verschieden hohen Aufschlag auf den Einkaufspreis.

Die Mitglieder wollen häufig diese so leicht verständliche Tatsache nicht anerkennen und beurteilen die Erübrigung lediglich als ein Produkt der besonderen Tüchtigkeit des Vorstandes. Seine Wiederwahl hängt nicht selten davon ab, daß der alte, womöglich ein höherer Prozentsatz als Rückvergütung gewährt wird. **Wer sich jedoch erlaubt, einer Ermäßigung das Wort zu reden, dürfte auf eine Wiederwahl wenig Aussicht haben.**

Professor Staudinger-Darmstadt, der von den Konsumvereinen als nationalökonomische Autorität verehrte Lehrer, erklärte bekanntlich im Hauptorgan der Konsumvereine:

Es ist ein Unding, von einem gutgeleiteten Konsumverein zu verlangen, er solle eine höhere Dividende zahlen als 5 bis 6 Proz.

Also alles, was über 5 bis 6 Prozent an Rückvergütung gezahlt wird, ist durch Täuschung, durch Außerachtlassung der genossenschaftlichen Grundprinzipien herausgeholt! „Wer sich jedoch erlaubt, einer Ermäßigung das Wort zu reden, dürfte auf eine Wiederwahl wenig Aussicht haben.“

Bei solch eigenartiger Genossenschaftlichkeit muß auch dem Leichtgläubigsten der Geschmack am Konsumverein vergehen.

Vertrauen gegen Vertrauen! Zur Genugtung aller Gerechtfertigten sind die Gehaltserhöhungen für Beamte endlich Gesetz geworden und nicht zuletzt sind es die erwerbstätigen Schichten des Mittelstandes, welche für eine ausreichende Befolgung unseres Beamtentums immer überzeugungsvoll eintreten. Was es den mittelständlichen Gewerbetreibenden aber erschwert, unvoreingenommen diese Frage zu betrachten,

das ist das gerade jetzt zunehmende Bestreben gewisser Kreise der Beamtenchaft, das Feld ihrer Betätigung auf einem Gebiete zu luchen, welches bislang den selbständigen Geschäftsleuten vorbehalten blieb.

Es läßt sich nicht leugnen, daß mit der richtigen Betätigung des Einkaufs sowohl eine wirtschaftliche, als auch nationale Pflicht erfüllt wird. Dieser Pflicht arbeitet die Beamtenchaft aber in manchen Städten dadurch entgegen, daß sie sich zu Konsumvereinen zusammenschließt oder sich auf sonstige Weise zum gemeinsamen Bezuge von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen verbindet. Man wolle doch in jenen Kreisen bedenken, welch eigenartigen Weg man mit dieser Handlungsweise beschreitet. Zum großen Teil rekrutiert sich der Beamtenstand noch immer aus dem Mittelstande selbst, ja, er gehört sogar dazu. Dadurch, daß er ihm die Lebensquelle unterbindet, schädigt er sich selbst, denn durch Verschlechterung der mittelständlichen Erwerbslage wird der Andrang zur Beamtenkarriere ein immer größerer und verschlechtert die Advancements- und Gehaltsverhältnisse. Andererseits bot das freie Geschäftsleben den Kindern der Beamten noch immer eine gute Lern- und Unterkunfts-möglichkeit, die durch die erwähnten Gründungen mehr und mehr verschlechtert wird. Würde die Beamtenchaft einsehen, daß sie mit dem Eingreifen in den geschäftlichen Wettbewerb gegen ihre eigentliche Bestimmung arbeitet, so würde sie viel zur Hebung des Vertrauens in mittelständlichen Kreisen beitragen.

Manche Leser und Leserinnen dieser Schrift sind gewiß Käufer in Warenhäusern, Mitglieder in Konsumvereinen und werden durch die vermeintlichen Vorteile der Billigkeit und der Dividende vom Kauf in den freien Geschäften zurückgehalten. Dafür liegt, ganz abgesehen von der Beweisraft der vorgeführten Tatsachen, auch kein äußerer Grund mehr vor, seitdem sich Kaufleute und Handwerker des Mittelstandes in den meisten Städten des Reichs zu

Rabattsparevereinen

zusammengeschlossen haben, deren segensreiche Wirkungen sowohl für die Geschäftsleute als auch für die kaufende Bevölkerung immer mehr zutage treten. Wie allgemein bekannt sein dürfte, geben die den gemeinnützigen Rabattsparevereinen angehörenden Geschäftsleute jedem Kunden, der bar bezahlt, einen einheitlichen, festgesetzten Rabatt in Marken des Vereins. Diese werden in vom Verein gelieferte Sparbücher geklebt und, wenn das Buch gefüllt ist, gegen 5 oder 10 Mk. baren Geldes von den Kassentellen des Vereins eingelöst. Ganz natürlich ist es, daß es den barzahlenden Käufer angenehm berührt, seine bare Zahlung durch eine Belohnung anerkannt zu sehen. Er hat auch ein

gewisses Anrecht auf diese Belohnung, denn er setzt den Geschäftsmann in den Stand, selbst seine Lieferanten bar zu bezahlen und dafür den Skonto für Barzahlung zu erhalten. Der Vorger bekommt den Rabatt nicht.

Sodann betrachtet es der Käufer mit Recht als besonders wertvoll, daß der Rabatt in bar zur Auszahlung gelangt und nicht in Präsentgegenständen usw., denn bares Geld ist der wesentlichste Faktor unseres wirtschaftlichen Lebens. Deshalb hüte man sich, solche Rabattmarken anzunehmen, die von sogenannten **Warensparsystemen** etc. stammen. Dies sind gewöhnlich Gründungen einzelner Unternehmer, welche sich zwischen Verkäufer und Käufer schieben, ohne ihnen irgendwie zu nützen. Was kümmert sie das Wohlergehen des Geschäftsmannes und seiner Kundschaft? Sie, die Unternehmer, wollen verdienen, alles andere ist ihnen Nebensache. Ein solcher Standpunkt ist allseitig auf das Entschiedenste zu bekämpfen.

Es nimmt den Käufer ferner für die Einrichtung des Rabattsparevereins der Detaillisten ein, daß er die Einkäufe bei den verschiedensten Geschäften oder Branchen vornehmen kann. Überall bekommt er den Vereinsrabatt, rasch hat er sein Sparbuch gefüllt und kann die bare Rabattsumme abheben. Wie oft wird solch ein Betrag zu einer letzten Hilfe in der Not, wie angenehm ergänzt er

gerade zur Weihnachtszeit



die Wirtschaftskasse der Hausfrau, deren Sparsinn er auf das schönste belohnt. Der von unsern Verbandsvereinen, zu denen auch der hiesige Rabattspareverein gehört, im letzten Jahre der

kaufenden Bevölkerung auf bare Zahlung gewährte Rabatt beträgt die **Riesensumme von 30 Millionen Mark.**

Die Rabattsparevereine der selbständigen Geschäftleute erfreuen sich mit Recht hoher Achtung in der Öffentlichkeit. Ihre straffe Disziplin, welche die Mitglieder auf der gemeinsamen Basis reellster Geschäftsführung fest zusammenhält, sorgt dafür, daß irgenwelche Unlauterkeit sich bei ihnen nicht festsetzen kann. Die kaufende Bevölkerung gewinnt immer größeres Vertrauen zu dieser so gepflegten Reellität; sie sieht mehr und mehr ein, daß der wirkliche Vorteil doch auf die Dauer nur im mittelständlichen Geschäft zu suchen ist und zwar dort, wo der Inhaber sich den Zeitverhältnissen anpaßt, und als Mitglied des Rabattsparevereins den barzahlenden Kunden in richtiger Weise entgegenkommt. Die Hebung des Vertrauens durch die Rabattsparevereine ist dem davon begriffenen Geschäftsleben zum Segen geworden und hat es leistungsfähiger gemacht. Die allgemeine Achtung dieser Bewegung zeigt sich ferner in dem großen Interesse, das Staatsregierungen, gesetzliche Handelsvertretungen, Parlamentarier, Volkswirtschaftler u. a. m. seiner Ausbreitung entgegenbringen. Die kaufende Bevölkerung ersieht daraus, daß sie mit dem

Weihnachts-Einkauf

in den Geschäften des Rabattsparevereins eine geachtete segensreiche Bewegung unterstützt, deren Grundzüge: — Ehrlichkeit im Handel und Verständnis für die Erfordernisse unserer Zeit — freundlichste Beachtung verdienen.

 **Treue um Treue.** 



Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unten Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Vertreter in jeder Stadt und auf dem Lande außerdem Porto; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Beleggebühren. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen ausgenommen. — Nachdruck unterer Originalaufnahmen ist nur mit schriftlicher Erlaubnisnahme gestattet. — Für Rückgabe unbenutzter Einblendungen übernimmt wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einh. Zeilzeile über deren Raum für 14 Tage und 10 Zeilen 10 Pf., für die längere 25 Pf., unentgeltlich für 20 Pf., im Restantell. 30 Pf., bei längerem Zeitraume entsprechende Ermäßigung. — Für die Anzeigen sind die üblichen Bedingungen für die Anzeigen zu gelten. — Besondere Berechnung nach Anschlag mit Berücksichtigung der Anzeigensätze. — Für die Anzeigen sind die üblichen Bedingungen für die Anzeigen zu gelten. — Besondere Berechnung nach Anschlag mit Berücksichtigung der Anzeigensätze. — Für die Anzeigen sind die üblichen Bedingungen für die Anzeigen zu gelten. — Besondere Berechnung nach Anschlag mit Berücksichtigung der Anzeigensätze.

Nr. 287.

Mittwoch den 8. Dezember 1909.

36. Jahrg.

Gegen die sogenannte „Reform“ der inneren Verwaltung Preußens

wendet sich der liberale Pfarrer Grethen in Hotteln (Hannover) in der „Christl. Freiheit“ mit großer Schärfe. Mit Recht hebt er hervor, daß der Schwerpunkt fast der gesamten Verwaltung und Regierung mehr als bisher in der Landratsämter gelegt werden soll, und er führt im besonderen aus:

„Ganz bezeichnend ist, wie sich der Reformplan die Organisation des Volksschulwesens denkt. Ursprünglich hatten die Kreise mit dieser Angelegenheit recht wenig zu tun. Der Kreisinspektor war weder Beamter des Kreises, noch brauchte sich sein „Kreis“ mit dem Verwaltungsbezirk des Landrates zu decken. Gewisse äußere Angelegenheiten gingen durch das Bureau des Landrates an die Regierung, und diese verkehrte als entscheidende Behörde mit dem Schulinspektor und den Schulgemeinden. Später erhielten Landrat und Kreisaußschuß stärkeren Einfluß auf die äußeren Schulangelegenheiten. Noch später ließen wohl alle Regierungen auch die Verfügungen technischer Art an den Kreisinspektor unter dem Kowert des Landrates ergehen und verlangten vom Schulinspektor umgekehrt dasselbe. So ist heute schon der Landrat in allen Schulfachen eine sehr wichtige, entscheidende Instanz. Es ist z. B. öfter vorgekommen, daß der Landrat den Dreiervorschlag, den der Kreisinspektor für die Besetzung einer Schulkstelle der Regierung zu machen hat, verändert hat. Diese Sachlage wird nun durch die neue Reform dahin verläßt und befestigt, daß geradezu eine Kreis Schulbehörde geschaffen wird, an deren Spitze der Landrat steht. Und zwar nicht als kollegiale Behörde, die mit Abstimmung ihrer einzelnen Mitgliedschaften beschließt, sondern lediglich so, daß die Behörde der Landrat ist, der in den einzelnen Fragen die betreffenden „technischen“ Beamten (Schulinspektor, Kreisarzt, Kreisbaumeister) heranzieht und nach Anhörung ihres Gutachtens Verfügung trifft. Dem Landrate wird auf diesem Gebiete sogar das Requisitionsrecht zugeprochen. Das bedeutet, er kann, wenn es ihm gut dünkt, jene Beamten zu jeder Zeit an den Kreisarzt „requirieren“. Damit ist ihm selbstverständlich auch das dieselbe Recht z. B. über die Lehrer gegeben. Es ist in das Ermessen des Landrates gestellt, irgend eine im Schuldienste beschäftigte Persönlichkeit heranzuziehen. Die Form wird vielleicht eine etwas andere sein, wie der dienstliche Befehl beim Militär; in der Sache wird es auf das selbe hinauslaufen.“

Grethen ist der Meinung, daß die kleineren Erleichterungen im bürokratischen Betriebe nichts ausmachen im Vergleich zu den starken Gegengewichten, die gegen alle freiwillige und selbständige Entwicklung unseres Volkslebens in dem Reform-Entwurf sich finden. „Der preussische Landrat ist nicht der richtige Mann, um Träger der geistigen Fortschritte in unserm Volke zu werden. Eine Erweiterung seiner Machtfläche droht zu einer Bevormundung aller Selbstverwaltungsrechte und aller Sachkunde auf kulturellem Gebiete zu werden. Das wäre die Reaktion, die Gegenreaktion in unserm staatlichen Leben.“ — Grethen hat nur zu sehr Recht. Aber gerade darum fürchten wir, daß wir auch diesen Kelch noch werden trinken müssen!

Die freisinnigen Initiativanträge.

die im Reichstage gestellt worden sind, liegen jetzt im Wortlaut vor. Sie betreffen:

1. Die Regelung der Tarifverträge:
Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung der Tarifverträge vorzulegen.
2. Die Reichsverbände der Landwirtschaftlichen Arbeiter:
Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Reichsverbände zwischen den landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitern, sowie dem Gewerbe einerseits und deren Arbeitgeber andererseits reichsgesetzlich geregelt werden.

3. Die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszustand zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundgesetz des Völkerrechts erhoben werde.

4. Die Sicherung des Wahlrechts:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst eine Änderung der für die Wahlen in andere öffentliche Rechte geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen dahin herbeizuführen, daß 1. wegen der eingetretenen erheblichen Bevölkerungszunahmen eine neue, den Grundgesetzen des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1899 entsprechende Abgrenzung der Reichstagswahlkreise bestimmt wird, 2. die Beteiligung der Wähler nur am Sonntag geschehen darf, 3. die im Deutschen

gesetz vom 16. Juli 1909 und der nicht statemäßigen Beamten (durch die Dienstrechnung vom 28. Juli 1909) eine Nachprüfung der Bezüge derjenigen Techniker, Wortmeister, Handlungsgehilfen und ähnlichen Angestellten vorzunehmen, die ohne Beamtenbescheinigung auf Privatdienstvertrag angestellt sind, und eine Übersicht der tätig zu zahlenden Gehaltsätze dem Reichstage vorzulegen.

10. Einführung eines Reichsberggesetzes:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst eine Vorlage zu machen, durch die eine reichsgesetzliche Regelung des gesamten Bergrechts herbeigeführt wird.

11. Regelung des Arbeitsnachweises:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung des Arbeitsnachweises, insbesondere zur Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage, vorzulegen.“

Zum Antrag des deutschen Städtetags zum Reichsteuergesetz.

Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat eine Eingabe an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet, in der er beantragt, in einer Novelle zum Reichsteuergesetz die Steuerpflicht der Zinsbogen von Renten und Schuldverschreibungen der öffentlich rechtlichen Verbände zu beseitigen. In der Begründung des Antrags führt der Vorstand aus, es sei Absicht der Reichstagsmehrheit gewesen, mit dieser Steuer die Weisheit der Schuldverschreibungen zu treffen. Das Gesetz biete aber keine Handhabe, die Weisheit zur Erstattung des von den Ausgebern der Bogen ausgelegten Stempels heranzuziehen. Die Gemeinden seien hiernach gezwungen, die Steuer auf ihren Etat zu nehmen. Zur Deckung des Steueranwands müßten sie neue Einnahmen schaffen, d. h. die Kommunalsteuern erhöhen, und zwar in beträchtlichem Maße. So hätten im Laufe der nächsten zehn Jahre aufzubringen: Berlin und 850 000 Mark, München 450 000 Mark, Dresden 330 000 Mark, Frankfurt a. M. 340 000 Mark. Dieser Mehraufwand müsse von der Gesamtbürgerchaft getragen werden, treffe also auch die nicht beziehenden Klassen. Wenn man feinerzeit auf die Warner im Reichstage, die auf die Untauglichkeit des gewählten Mittels hinweisen, nicht gehört habe, so sei dies erklärlich, da es galt, die Reichsfinanzreform im ganzen unter Dach zu bringen. Nachdem letzteres aber gelungen sei, dürfe man erwarten, daß bei einzelnen mißglückten Vorstößen die bessere Hand angelegt werde.

Der Ausfall der Landtagswahlen in Sachsen-Weimar

ist für die Freisinnigen erfreulich. Während im bisherigen Landtage nur 2 Freisinnige saßen, die Herren Polz und Heim, ist Abg. Polz in Weimar mit großer Mehrheit sofort wiedergewählt worden und Heim in die Stichwahl mit einem Sozialisten gelangt. Außerdem aber befinden sich noch 4 freisinnige Kandidaten in aussichtsreichen Stichwahlen, nämlich in Elstfeldt Gramann mit dem Sozialisten, der 489 Stimmen erhielt, während auf den Freisinnigen 327 und auf den Konservativen 321 Stimmen fielen; in Verfa-Blankenhain Dreimann gegen den Konservativen Süniger, in Zena-Land Mathes (809 Stimmen) gegen den Sozialisten (764 Stimmen) und in Wachau Kaiser gegen den Sozialisten.

Besonders niederschmetternd ist das Wahlergebnis in Sachsen-Weimar für die Antisemiten gewesen. In der Stadt Weimar hatte der Reichstagsabg. Graef mit allen Mitteln der Verhütung die freisinnige Kandidatur bekämpft, um sich selbst zu platzieren. Die Freunde der Wirtschaftlichen Vereinigung leisteten hier das höchste an Verleumdung und Verdrehung. Daß der Freisinn als Vorrecht der Sozialdemokratie bezeichnet wurde, war noch das Wenigste; vielmehr bekämpfte man den freisinnigen Kandidaten Polz auch persönlich, indem man fälschlich behauptete, er hätte in einer früheren Rede die kleinen Gewerbetreibenden für ungebildet und unfähig erklärt, er trete unter



das Handelsgesetzbuch den Handlungsgehilfen sichert, und die Gerechtigkeit von Konkurrenzkläufen für gewerbliche Arbeitnehmer möglichst beschränkt; 2. dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf alle technischen Angestellten ausgedehnt wird, unter Erziehung besonderer Abteilungen, in denen die Weisheit zur Hälfte technische Angestellte sein müssen; 3. darauf hinzuwirken, daß baldigst eine weitergehende Kranken-, Unfall-, Renten- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangeestellten zur Einführung gelangt; 4. sich mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen zu setzen, das die Gewerbeaufsichtsbeamten den Verhältnissen der Anzeigern in gewerblichen Betrieben, im besonderen der Einhaltung der den technischen Angestellten durch §§ 105 a ff. der Gewerbeordnung gemäße freitagen Sonntagsruhe besondere Aufmerksamkeit widmen.

8. Neuordnung des Beamtenrechts:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu treffen, daß 1. die verfassungsmäßige Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte der Reichsbeamten (Wahl- und Versammlungsrecht, Petitionsrecht, Wahlrecht, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Verkehr mit Abgeordneten eines Parlaments) an sich niemals als ein Verbrechen angesehen wird, durch das der Beamte sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig setzt; 2. die Eintragung von Beamtenauschüssen vorgehoben wird; 3. die Dienstverhältnisse der vom Reiche auf Vertrag angestellten Personen mindestens denjenigen Bedingungen entsprechen, die durch die Gesetzgebung der privaten Unternehmungen vorgeschrieben sind.

9. Neuordnung der Gehälter der in Reichsdiensten stehenden Privatangestellten:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Anschluß an die Neuordnung der Bezüge der etatsmäßigen Beamten (durch das Besoldungs-

